

Erläuterungsbericht  
zum  
Flächenwidmungsplan Nr. 1.00

der Stadtgemeinde  
Bruck an der Mur



Stand: 10.02.2022

Verfasser:



Pumpernig & Partner ZT GmbH

DI Maximilian Pumpernig  
Staatlich befugter und beeideter Ziviltechniker  
Ingenieurkonsulent für Raumplanung und Raumordnung  
Mariahilferstraße 20, 8020 Graz

Bearbeitung:

DI Maximilian Pumpernig  
DI Günther Eppensteiner (Referent)  
Mag<sup>a</sup>. Siegrun Rutrecht (Sachbearbeitung/Grafik)



Stadtgemeinde Bruck an der Mur

Fachbereich Bau und Betriebe  
Koloman-Wallisch-Platz 1  
8600 Bruck an der Mur

Bearbeitung:

DI Dr. Robert Pichler

GZ: 174FR18

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Erläuterungen zum Wortlaut des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur .....</b>	<b>1</b>
<b>1.1</b>	<b>Ad § 1: Rechtsplan / Plangrundlage / Verfasser.....</b>	<b>1</b>
<b>1.2</b>	<b>Ad § 3 (1): Vollwertiges Bauland .....</b>	<b>1</b>
<b>1.3</b>	<b>Ad § 3 (2): Aufschließungsgebiete .....</b>	<b>2</b>
1.3.1	Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes .....	2
1.3.2	Äußere Anbindungen .....	2
1.3.3	Innere Erschließung und Parzellierung.....	3
1.3.4	Lärm.....	3
1.3.5	Oberflächen- und Hangwässer .....	5
1.3.6	Nachweis der Gefahrenfreistellung/Hochwasserfreistellung .....	7
<b>1.4</b>	<b>Ad § 3 (3): Sanierungsgebiete.....</b>	<b>7</b>
1.4.1	Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes (UG).....	7
1.4.2	Naturgefahren (NG) .....	7
1.4.3	Lärmsanierungsgebiete (LM) .....	11
<b>1.5</b>	<b>Ad § 5: Räumlich übereinander liegende und zeitlich aufeinander folgende Nutzungen .....</b>	<b>12</b>
<b>1.6</b>	<b>Ad § 6: Einkaufszentren .....</b>	<b>13</b>
<b>1.7</b>	<b>Ad § 7: Bebauungsplanzonierung.....</b>	<b>15</b>
<b>1.8</b>	<b>Ad § 8: Sondernutzungen im Freiland .....</b>	<b>16</b>
<b>1.9</b>	<b>Ad § 10: Ersichtlichmachungen .....</b>	<b>16</b>
1.9.1	Nahelage zu Landes-/Gemeindestraßen .....	16
1.9.2	Naturräumliche Schutzgebiete.....	16
1.9.3	Altablagerungen, potenzielle Verdachtsflächen.....	17
1.9.4	Denkmalschutz/Bodenfundstätten .....	17
1.9.5	Ausschlusszonen für Windkraftanlagen .....	18
<b>1.10</b>	<b>Ad § 11: Uferstreifen entlang von Gewässern .....</b>	<b>18</b>
<b>1.11</b>	<b>Ad § 12: Maßnahmen zur aktiven Bodenpolitik .....</b>	<b>19</b>
<b>1.12</b>	<b>Ad § 13: Tierhaltungsbetriebe.....</b>	<b>21</b>
<b>1.13</b>	<b>Umweltprüfung .....</b>	<b>25</b>
<b>2</b>	<b>Änderungen im FWP Nr. 1.00 gegenüber den Flächen- widmungsplänen Nr. 4.00 idgF der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehem. Marktgemeinde Oberaich.....</b>	<b>26</b>
<b>2.1</b>	<b>Allgemeines.....</b>	<b>26</b>
<b>2.2</b>	<b>Baulandflächenbilanz.....</b>	<b>30</b>
<b>2.3</b>	<b>Änderungen im Detail .....</b>	<b>30</b>
<b>3</b>	<b>Anhang.....</b>	<b>45</b>
<b>4</b>	<b>Planbeilagen</b>	

---

<b>1</b>	<b>Erläuterungen zum Wortlaut des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur</b>
----------	---

**1.1 Ad § 1: Rechtsplan / Plangrundlage / Verfasser**

Der vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Bruck an der Mur am 27.06.2019 (Erstauflage) und 31.03.2022 (Neuaufgabe) beschlossene Entwurf zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 wurde auf Basis der Digitalen Katastralmappe (DKM, Stand: Oktober 2020) erstellt.

Die Festlegung von Grenzen im Flächenwidmungsplan sind Nutzungsgrenzen aufgrund der Digitalen Katastralmappe, der Lage in der Natur und den naturräumlichen Gegebenheiten. Geringfügige Abweichungen von Festlegungen aufgrund des aktuellen digitalen Katasterstandes (Stand: Oktober 2020) sind an den naturräumlichen Gegebenheiten und den Zielsetzungen der Örtlichen Raumplanung zu orientieren.

Die Gebäudenachführungen erfolgten durch Bekanntgabe der Stadtgemeinde Bruck an der Mur. Die grafische Umsetzung des Rechtsplanes erfolgte durch die Pumpernig & Partner ZT GmbH. Dem Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 liegt als rechtliche Grundlage das StROG 2010, LGBl. Nr. 49/2010 idF LGBl. Nr. 15/2022 zugrunde.

**1.2 Ad § 3 (1): Vollwertiges Bauland**

Gemäß § 29 (1) sieht das StROG 2010 vor, das als vollwertiges Bauland nur solche Grundstücksflächen festgelegt werden dürfen,

- die eine Aufschließung einschließlich Abwasserbeseitigung mit einer dem Stand der Technik entsprechenden Abwasserreinigung aufweisen oder diese sich im Bau befindet,
- die keiner der beabsichtigenden Nutzung widersprechenden Immissionsbelastung (Lärm, Luftschadstoffe, Erschütterungen, Geruchsbelästigung u. dgl.) unterliegen, wobei einschlägige Normen und Richtlinien heranzuziehen sind
- und in denen keine Maßnahmen zur Beseitigung städtebaulicher oder hygienischer Mängel sowie zur Vermeidung der Gefährdung der Sicherheit oder gesundheitsschädlicher Folgen erforderlich sind.

Dies bedeutet nach fachlicher Prüfung/ Evaluierung der noch geltenden, wiederverlautbarten Flächenwidmungspläne Nr. 4.00 idF der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehem. Marktgemeinde Oberaich, dass sämtliche als Bauland festgelegte Siedlungsgebiete die o.g. Kriterien erfüllen. Ausgenommen davon sind die gemäß § 29 (3) StROG 2010 festgelegten Aufschließungsgebiete und die gemäß § 29 (4) StROG 2010 festgelegten Sanierungsgebiete.

### 1.3 Ad § 3 (2): Aufschließungsgebiete

Als Bauland – Aufschließungsgebiete werden gemäß § 29 (3) StROG 2010 jene Flächen festgelegt, die die Voraussetzungen für vollwertiges Bauland zum Zeitpunkt des Beschlusses des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 nicht erfüllen, für die die Herstellung der Baulandvoraussetzungen jedoch zu erwarten ist oder das öffentliche Interesse derzeit der Verwendung als vollwertiges Bauland entgegen steht. Der Nachweis zur Umsetzung/Erfüllung der festgelegten Aufschließungserfordernisse obliegt den Grundstückseigentümern/Bauwerbern.

#### 1.3.1 **Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes**

Für jene als Bauland – Aufschließungsgebiet festgelegten Flächen, die sich innerhalb einer Verdachtsfläche für Altablagerungen und Altstandorte befinden, wird das Aufschließungserfordernis des Nachweises der Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes festgelegt.

Zur Erfüllung des Aufschließungserfordernisses ist die Erbringung des Nachweises der Eignung der betroffenen Flächen für eine Bebauung (Altlastenverdachtsfläche) festgelegt. Dieser ist durch den Konsenswerber/die Konsenswerberin beizubringen. Bei Vorliegen einer positiven Beurteilung sind die in den Gutachten angeführten Auflagen für eine künftige Bebauung im Bauverfahren nachweislich einzuhalten.

#### 1.3.2 **Äußere Anbindungen**

Für jene als Bauland – Aufschließungsgebiet festgelegten Flächen, die derzeit über keine rechtlich gesicherte und für den Verwendungszweck ausreichend dimensionierte Zufahrt verfügen, wird das Aufschließungserfordernis des Nachweises der äußeren Anbindung festgelegt.

Eine ausreichend dimensionierte äußere Anbindung liegt dann vor, wenn entsprechend den technischen Normen und Richtlinien (RVS; Baugesetz 1995 idGF, Vorgaben der Feuerwehr, ...) eine für den jeweiligen Verwendungszweck dimensionierte Zufahrt errichtet wurde.

Die im Planwerk festgelegten Aufschließungsgebiete verfügen über einen (un)mittelbaren Anschluss an die bestehenden Landes- und Gemeindestraßen. Gemäß den Festlegungen des Regionalen Verkehrskonzeptes Obersteiermark Ost 2010 sind die B 116 Leobener Straße (vom Knoten Bruck Süd bis zur Gemeindegrenze zur Stadtgemeinde Kapfenberg) der Kategorie C1 (Regionale Verbindung) zugeordnet. Demnach sind neue Einmündungen unter eingeschränkten Bedingungen nicht ausgeschlossen.

Die B 116 Leobener Straße (ab dem Knoten Bruck Süd Richtung Leoben) und die L 111 Tragößerstraße sind der Kategorie C 2 (teilregionale Verbindung) und die L 121 Brucker Begleitstraße der Kategorie E (lokale Verbindung) zugeordnet. Aufgrund der Bestimmungen des Landes-Straßenverwaltungsgesetzes und gemäß den Festlegungen des Regionalen Verkehrskonzeptes Obersteiermark Ost 2010 sind für die Kategorien C2 und E neue

Anbindungen grundsätzlich zulässig. Die Erfüllung dieses Aufschließungserfordernisses ist nach Bewilligung durch die zuständige Straßenverwaltung durch wirtschaftlich vertretbare Aufwendungen sichergestellt.

Entsprechend den verkehrsplanerischen Grundsätzen der Abteilung 16 (vgl. Beilage Nr. 3.3) sind dabei bestehende Zufahrten zu verwenden. Wenn eine Bestandszufahrt nicht gegeben ist, soll eine Mehrfachzufahrt angestrebt werden. Neue Einzelzufahrten sollten grundsätzlich vermieden werden.

### **1.3.3 Innere Erschließung und Parzellierung**

Für jene als Bauland – Aufschließungsgebiet festgelegten Flächen, die aufgrund der Größe des Aufschließungsgebietes eine Parzellierung und/oder eine infrastrukturelle Erschließung aller zukünftigen Bauplätze erfordern, werden diese Nachweise als Aufschließungserfordernis verbindlich festgelegt.

Die innere Erschließung erfordert den Nachweis der bauplatzbezogenen verkehrstechnischen und infrastrukturellen Erschließung (Errichtung der Zufahrten und der erforderlichen Anschlüsse an das bestehende Kanalnetz, das Wasserleitungsnetz sowie an das Stromnetz,...). Da die innere Erschließung durch bauplatzbezogene Maßnahmen herzustellen ist, sind keine unwirtschaftlichen Aufwendungen zu erwarten.

Der Nachweis der Parzellierung ist dann erfüllt, wenn die erforderliche Grundstücksteilung durch ein Vermessungsbüro erstellt, seitens der Stadtgemeinde bewilligt und grundbücherlich durchgeführt wurde. Bei dieser Vorgangsweise sind keine unwirtschaftlichen Aufwendungen zu erwarten.

### **1.3.4 Lärm**

Durch die ÖNORM S 5021 „Schalltechnische Grundlagen für die Örtliche und Überörtliche Raumplanung und -ordnung“, Ausgabe 04.04.2010 sind die Planungsrichtwerte für Immissionen für den Ruheanspruch von Standplätzen und Flächen festgelegt. Zur Beurteilung der Lärmimmissionen gem. ÖNORM S 5021 wird dabei der Beurteilungspegel  $L_r$  herangezogen. Dieser ist der auf die Bezugszeit bezogene A-bewertete energieäquivalente Dauerschallpegel eines beliebigen Geräusches, der mit Anpassungswerten (Pegelzu-/abschlag für bestimmte Geräuschquellen: Straßenverkehr 0 dB, Anlagen + 5 dB) versehen wird.

Kategorie	Gebiet	Standplatz	Beurteilungspegel, in dB			$L_{r,DEN}$ in dB
			Tag	Abend	Nacht	
1	Bauland	Ruhegebiet, Kurgebiet	45	40	35	45
2		Wohngebiet in Vororten, Wochenendhausgebiet, ländliches Wohngebiet	50	45	40	50
3		städtisches Wohngebiet, Gebiet für Bauten land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit Wohnungen	55	50	45	55
4		Kerngebiet (Büros, Geschäfte, Handel, Verwaltungsgebäude ohne wesentlicher störender Schallemission, Wohnungen, Krankenhäuser) Gebiet für Betriebe ohne Schallemission	60	55	50	60
5		Gebiet für Betriebe mit gewerblichen und industriellen Gütererzeugungs- und Dienstleistungsstätten	65	60	55	65
6		Gebiet mit besonders großer Schallemission (zB Industriegebiete)	— <sup>a</sup>	— <sup>a</sup>	— <sup>a</sup>	— <sup>a</sup>
1	Grünland	Kurbezirk	45	40	35	45
2		Parkanlagen, Naherholungsgebiet	50	45	40	50

<sup>a</sup> Für Industriegebiete besteht kein Ruheanspruch, daher sind auch keine Richtwerte festgelegt.

Planungsrichtwerte für Immissionen, Quelle: ÖNORM S 5021-Ausgabe 2010

- Für die Beurteilung im Tagzeitraum (6:00 – 19:00 Uhr) ist die Immissionsbelastung des Freiraumes (Gartenbereiche) und der Aufenthaltsräume wesentlich, da hier während des Zeitraumes „Tag“ Aufenthalt stattfindet.
- Für die Beurteilung im Abendzeitraum (19:00 – 22:00 Uhr) ist die Immissionsbelastung des Freiraumes (wo ein Aufenthalt im Freien auch im Abendzeitraum nicht ausgeschlossen werden kann, wie z.B. auf Terrassen) und der Aufenthaltsräume wesentlich, da hier während des Zeitraumes „Abend“ Aufenthalt stattfindet.
- Für die Beurteilung im Nachtzeitraum (22:00 – 6:00 Uhr) ist die Immissionsbelastung innerhalb der Wohngebäude (insbesondere der Schlafräume bzw. Bereiche vor den Fenstern von Schlafräumen) und der entsprechenden Außenbereiche wesentlich, wo ein Aufenthalt im Freien auch im Nachtzeitraum nicht ausgeschlossen werden kann (z.B. Terrassenbereiche).

**Straße und Schiene:** Im jeweiligen Anlassfall ist zu prüfen, ob die festgelegten Planungsrichtwerte im Nahbereich der Bundesstraße S 6 Semmering Schnellstraße (St. Michael – Seebenstein), S 35 Brucker Schnellstraße (Bruck an der Mur - Knoten Peggau/ Deutschfeistritz) und der Landesstraßen B 116 Leobener Straße, L 111 Tragößerstraße, L 121 Brucker Begleitstraße sowie der ÖBB-Südstrecke Wien – Bruck an der Mur – Graz bzw. Leoben auf dem zu bebauenden Grundstück eingehalten werden. Bei Vorliegen einer Überschreitung dieser sind bei Neu-, Zu- und Umbauten entsprechend aktive und/ oder passive Lärmschutzmaßnahmen als Aufschließungserfordernis nachzuweisen bzw. durch die Baubehörde vorzuschreiben und sind diese im Rahmen der Erteilung der Benützungsbewilligung nachzuweisen, wenn für den betroffenen Bereich kein Bebauungsplan mit entsprechenden Vorgaben hinsichtlich der Aufschließungserfordernisse/ Hinderungsgründe vorliegt.

**Sonstige Lärmquellen:** Aufgrund des Fehlens konkreter lärmtechnischer Untersuchungen erfolgt keine planliche Abgrenzung als Aufschließungsgebiet im Nahbereich von Betriebsstandorten. Daher ist im jeweiligen Anlassfall zu prüfen, ob bei Neu-, Zu- und Umbauten im Nahbereich der bestehenden Betriebsstandorte die festgelegten Planungsrichtwerte gem. ÖNORM S 5021 auf dem jeweils zu bebauenden Grundstück eingehalten werden. Bei Vorliegen einer Überschreitung dieser sind bei Neu-, Zu- und Umbauten entsprechend aktive oder passive Lärmschutzmaßnahmen durch die Baubehörde vorzuschreiben, wenn für den betroffenen Bereich kein Bebauungsplan mit entsprechenden Vorgaben vorliegt.

**Lärmfreistellung:** Für die Freiraumbereiche (Außenbereiche) sind die Planungsrichtwerte gemäß ÖNORM S 5021 dort einzuhalten, wo ein Aufenthalt im Freien stattfindet. Im Wesentlichen handelt es sich hier um relevante Garten- und Terrassenbereiche. Eine Lärmfreistellung kann dabei u.a. durch bauliche Lärmschutzmaßnahmen (z.B. Lärmschutzwand) oder durch entsprechende Anordnung, Form und Stellung der Gebäude (Lärmabschirmung der relevanten Freiraumbereiche) erreicht werden. Hinsichtlich Einhaltung der Planungsrichtwerte für den jeweils relevanten Freiraumbereich (z.B. Terrassen, Gartenbereiche) wird auf das „Handbuch Umgebungslärm“ (Verfasserin: BMLFUW 2007/IG Umwelt und Technik) und die darin enthaltenen Vorschläge von „Lärmschutzmaßnahmen“ verwiesen. Die Einhaltung der Planungsrichtwerte für den Nachtzeitraum innerhalb der Wohngebäude (Schlafräume) kann dabei ebenso durch entsprechende Anordnung, Form und Stellung der Gebäude erreicht werden. Weiters sind im jeweiligen Anlassfall bauliche Schallschutzmaßnahmen, beispielsweise an den Außenwänden, Fenstern und Decken bzw. Dächern und durch den Einbau von Schallschutzfenstern inkl. Lüftungseinrichtungen vorzusehen.

### 1.3.5 Oberflächen- und Hangwässer

Zur Verringerung jeglicher Hochwassergefährdung sowie zur Sicherstellung des Wasserhaushaltes ist es erforderlich, dass möglichst viel unbelastetes Meteorwasser an Ort und Stelle zurückgehalten und zur Versickerung gebracht wird und nur bei Überlastung von diesbezüglichen Anlagen Oberflächen- und Hangwässer einem Vorfluter zugeleitet werden. Zur Erzielung einer geordneten Versickerung und/oder Ableitung von Meteorwässern sowie zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen des Abflusses von Oberflächenwässern sind die erforderlichen Maßnahmen unter Heranziehung der aktuellen Normen und Regelblätter (das sind die ÖNORM B 2506-1, B 2506-2, die ÖWAV-Regelblätter 35 und 45 bzw. das DWA-Regelblattes A 138, jeweils in der geltenden Fassung sowie der Leitfaden für Oberflächenentwässerung, Herausgeber: Land Steiermark, Ausgabe 2.1 aus August 2017) im nachfolgenden Bewilligungsverfahren festzulegen. Eine geordnete Oberflächenentwässerung ist im Zuge der Bebauungsplanung und/oder im nachfolgenden Individualverfahren auf der Grundlage einer wasserbautechnischen Gesamtbetrachtung nachzuweisen, wenn für den betroffenen Bereich kein Bebauungsplan mit entsprechenden Vorgaben hinsichtlich der Aufschließungserfordernisse/ Hinderungsgründe vorliegt.

Das Aufschließungserfordernis wird durch Beibringung des Nachweises der Entsorgung der Oberflächenwässer (u.a. durch Versickerung auf Eigengrund oder durch eine (zwischen-)retentierete Einleitung in einen Vorfluter oder einen Oberflächenwasserkanal) erfüllt. Da es sich dabei überwiegend um bauplatzbezogene Maßnahmen handelt, sind keine unwirtschaftlichen Aufwendungen zu erwarten.

#### Hangwasser:

Die Darstellung der Fließpfade ist im GIS - Steiermark (Digitaler Atlas) in der Karte „Gewässer & Wasserinformation“ unter dem Layer „Naturgefahren“ als „Fließpfade nach Einzugsgebieten (1m)“ ersichtlich gemacht und soll als Hinweis für Gefahren durch Hangwasserabflüsse dienen. Oberirdisches Hangwasser kann als „Hochwasser“ bezeichnet werden, das nicht durch Bäche oder Flüsse, sondern in sonst trockenen Einzugsgebieten durch flächenhaften Abfluss von Oberflächenwasser infolge von Niederschlag und Schmelzwasser entsteht. Hochwasser aus Hangwasserabflüssen kann zusätzlich zum Hochwasser aus Fließgewässern zu erheblichen Schäden an Bauwerken und Infrastruktureinrichtungen führen.

Im Freilandbereich, insbesondere in Hanglagen, zeigt sich eine sehr gute Übereinstimmung der Fließpfade mit dem tatsächlichen Abflussverhalten. In Siedlungsbereichen sind die Fließpfade nur mit entsprechenden Nacherhebungen (Brücken, Durchlässe, Kanäle, Garten- und Sockelmauern, hohe Gehsteigkanten, etc.) zu verwenden.

Für die Anwendung der Fließpfade wird seitens des Amtes der Stmk. Landesregierung empfohlen:

- Analyse der Fließpfade im GIS-Steiermark auf eine mögliche Gefährdung durch Hangwasserabflüsse anhand der dargestellten klassifizierten Fließpfade nach Einzugsgebietsgröße und Festlegen von kritischen Bereichen.
- Plausibilitätsprüfung bzw. neue Festlegung der möglichen kritischen Bereiche aufgrund eines Vergleichs mit abgelaufenen Ereignissen sowie einer vor Ort Erhebung. Dabei sind maßgebende Kleinstrukturen (Garten- und Sockelmauern, hohe Gehsteigkanten, etc.) Brücken, Durchlässe und Kanäle zu berücksichtigen.
- Für genauere Aussagen ist eine hydraulische Modellierung zur Berücksichtigung von Niederschlagsereignissen auf Basis des verbesserten Digitalen Geländemodells (Berücksichtigung von Brücken, Durchlässe, Kanäle, Garten- und Sockelmauern, hohe Gehsteigkanten, etc.) durchzuführen und eine Hangwasserkarte mit einem Konzept für Schutzmaßnahmen zu erstellen.

Die Fließpfade sind in nachfolgenden Verfahren (Bebauungspläne und Bauverfahren) zu berücksichtigen. Fließpfade bilden keine direkte Überflutungsgefahr ab, geben aber bei richtiger Interpretation wertvolle Hinweise auf mögliche Hangwasserabflüsse und deren Auswirkungen bei künftigen Bebauungen.



### 1.3.6 Nachweis der Gefahrenfreistellung/Hochwasserfreistellung

Für jene als Bauland – Aufschließungsgebiet festgelegten Flächen, die sich innerhalb von Gelben Wildbachgefahrenzonen oder Braunen bzw. Violetten Hinweisbereichen gemäß dem geltenden Gefahrenzonenplan der WLV bzw. innerhalb von Hochwasserabflussbereichen der Bundeswasserbauverwaltung befinden, ist die Beiziehung der WLV, Gebietsbau- leitung Steiermark Ost bzw. der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost im Zuge der nach- folgenden Individualverfahren erforderlich und wird die Umsetzung von Hochwasser- schutzmaßnahmen als Aufschließungserfordernis im Flächenwidmungsplan näher festge- legt. Dieser Nachweis ist im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren (z.B. Bauverfah- ren) verpflichtend beizubringen, wenn für den betroffenen Bereich kein Bebauungsplan mit entsprechenden Vorgaben hinsichtlich der Aufschließungserfordernisse/ Hinderungs- gründe vorliegt.

Das Aufschließungserfordernis wird durch Umsetzung/Einhaltung der jeweils festgelegten Auflagen der WLV (vgl. Anhang) bzw. der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost erfüllt. Da es sich dabei überwiegend um bauplatzbezogene Maßnahmen handelt, sind keine un- wirtschaftlichen Aufwendungen zu erwarten.

## 1.4 Ad § 3 (3): Sanierungsgebiete

### 1.4.1 Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes (UG)

Alle im Zuge der Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes mit der Nr. 1.00 als Bauland festgelegten, überwiegend bebauten Grundflächen, für welche eine Verdachtsfläche für Altablagerungen und Altstandorte ersichtlich gemacht wurde, werden als Sanierungsge- biete „Beschaffenheit bzw. Tragfähigkeit des Untergrundes“ gemäß § 29 (4) StROG 2010“ festgelegt.

Eine genauere Abschätzung und Beurteilung der im Flächenwidmungsplan ersichtlich ge- machten Altablagerung und Altstandorte (ALTL/ALV – Evidenz ABT15), die gemäß § 11 (2) Z. 2 Altlastensanierungsgesetz 1989 im Verdachtsflächenkataster des Landes Steiermark geführt werden (Bekanntgabe vom 22.02.2019, GZ: ABT15-155510/2017-42), sind im Zuge nachfolgender Individualverfahren (Bauverfahren) im jeweiligen Anlassfall verbind- lich vorzunehmen.

### 1.4.2 Naturgefahren (NG)

#### Hochwasserabflussgebiete:

#### **Kompetenzbereich der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost**

Bei künftigen Bauführungen innerhalb der HQ<sub>30</sub>-Hochwasserabflussbereiche ist die zu- ständige Dienststelle (BH Bruck-Mürzzuschlag bzw. Baubezirksleitung Obersteiermark Ost) beizuziehen, da sämtliche Baumaßnahmen innerhalb der 30-jährlichen Hochwasser- abflussgebiete gemäß § 38 WRG 1959 idGF wasserrechtlich bewilligungspflichtig sind. Darüber hinaus ist in Siedlungsgebieten zwischen HQ<sub>30</sub> und HQ<sub>100</sub> im Zuge von künftigen

Bauführungen das wasserwirtschaftliche Planungsorgan der zuständigen Baubezirksleitung Obersteiermark Ost zur Beratung der Baubehörde verbindlich beizuziehen.

Gemäß § 3 Abs. 1 des Programms zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBI. Nr. 117/2005 (SAPRO Hochwasser) sind zur Minimierung des Risikos bei Hochwasserereignissen im Sinne der Raumordnungsgrundsätze gemäß § 3 (1) und der dabei zu berücksichtigenden Ziele nach § 3 (2) Z.2 des StROG die räumlichen Voraussetzungen für den Wasserrückhalt im Einzugsgebiet und im Abflussbereich eines Hochwassers zu erhalten und zu verbessern. Zusammenhängende Freiräume sind zu erhalten, um das Gefährdungs- und Schadenspotenzial bei Hochwasserereignissen so gering wie möglich zu halten.

Gemäß § 4 (1) des SAPRO Hochwasser sind folgende Bereiche von Baugebieten gemäß § 30 und von solchen Sondernutzungen im Freiland gemäß § 33 (2) StROG 2010 freizuhalten, die das Schadenspotenzial erhöhen und Abflusshindernisse darstellen (wie z.B. Auffüllungsgebiete im Freiland):

1. Hochwasserabflussgebiete des HQ<sub>100</sub> und Rote Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung
2. Uferstreifen entlang natürlich fließender Gewässer von mind. 10 m, gemessen ab der Böschungsoberkante (im funktional begründeten Einzelfall auch darüber hinaus). In diesen Bereichen können für Baulückenschließungen geringen Ausmaßes Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen.
3. Flächen, die sich für Hochwasserschutzmaßnahmen besonders eignen.

Die Mur, die Mürz, die Laming unterliegen in ihrer Betreuungskompetenz der Bundeswasserbauverwaltung und liegen jeweils Hochwasserabflussuntersuchungen vor.

#### **Wildbachgefahrenzonen (GZ):**

**Kompetenzbereich des Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Steiermark Ost**

Die in der zeichnerischen Darstellung räumlich abgegrenzten Roten und Gelben Wildbachgefahrenzonen, Braunen und Violetten Hinweisbereiche sowie die Blauen Vorbehaltsbereiche werden entsprechend dem geltenden Gefahrenzonenplan 2020 der Wildbach- und Lawinenverbauung für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Bruck an der Mur einschließlich der damit verbundenen Rechtsfolgen gemäß § 26 (7) StROG 2010 idgF ersichtlich gemacht.

Die Festlegung als Sanierungsgebiet (NG) gemäß § 29 Abs 4 StROG 2010 gilt für sämtliche bebaute Baulandflächen, die innerhalb einer **Gelben Wildbachgefahrenzone oder eines Braunen Hinweisbereiches** gemäß § 6 lit. b) der Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 30. Juli 1976 über die Gefahrenzonenpläne (BGBl. Nr.

436/1976) liegen. Bei Bauführungen im Nahbereich von Wildbächen iSd § 99 Abs 1 des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1975, mit dem das Forstwesen geregelt wird, BGBl. Nr. 440/1975 idF BGBl. Nr. I 55/2007 (in der Folge „ForstG 1975“) bzw. innerhalb der Gelben Wildbachgefahrenzonen oder eines Braunen Hinweisbereiches ist die zuständige Dienststelle verbindlich beizuziehen.

Der Bundesgesetzgeber hat den Gefahrenzonenplan als „qualifiziertes Gutachten mit Indizienwirkung ohne Verordnungscharakter oder sonstige normative Außenwirkungen“ gestaltet (VwGH 30.10.1980, 3424/78). Als Grundlage für Raumplanung, Bauwesen und Katastrophenschutz ist der Gefahrenzonenplan als unverbindliche Informationsbereitstellung des Bundes „nach Maßgaben der gebotenen Möglichkeiten“ (§ 1 (2) WLV-GZPV) zu sehen. Die Darstellung im Flächenwidmungsplan hat nur unverbindlichen Informationscharakter (VwGH 86/06/0047, VwGH 98/05/0147). Die Genauigkeit der Gefahrenzonenpläne hängt von der Aktualität, der Planungsgenauigkeit und der Informationsverarbeitung ab.<sup>1</sup>

**Rote Wildbachgefahrenzonen** entsprechen gemäß ForstG 1975 iVm mit der Verordnung über die Gefahrenzonenpläne (BGBl. Nr. 436/1976) einem **Bauverbot** für die Errichtung (Neu-, Zu- und Umbauten) von Objekten, die dem Aufenthalt von Menschen oder Tieren dienen; bei allen anderen baulichen Errichtungen ist ein Gutachten der Wildbach- und Lawinenverbauung verbindlich einzuholen bzw. ist eine wasserrechtliche Bewilligung erforderlich.

**Gelbe Wildbachgefahrenzonen** entsprechen gemäß ForstG 1975 iVm mit der Verordnung über die Gefahrenzonenpläne (BGBl. Nr. 436/1976) einem **Baubeschränkungsbereich**, der wegen seinen unterschiedlichen Gefährdungen durch Wildbäche und deren Folgen (von der Beschädigungsgefahr für Gebäude und Lebensgefahr auf den Verkehrswegen bis zur bloßen Belästigung z.B. durch Überflutungen geringen Ausmaßes) **zur Bebauung nicht oder minder geeignet** ist, in welchem aber andererseits in einzelnen Bereichen ein Schutz von Objekten wie auch Grundstücken sinnvoll möglich ist. Für Bauvorhaben innerhalb der Gelben Wildbachgefahrenzone ist immer ein Gutachten der WLV einzuholen.

**Braune Hinweisbereiche** entsprechen jenen Bereichen, hinsichtlich derer anlässlich von Erhebungen festgestellt wurde, dass sie vermutlich anderen als von Wildbächen und Lawinen hervorgerufenen Naturgefahren wie nicht im Zusammenhang mit Wildbächen stehenden Überflutungen ausgesetzt sind. Im Falle einer Bebauung dieser Flächen ist ein Gutachten des jeweiligen Fachgebietes oder anderer zuständiger Stellen einzuholen.

**Violette Hinweisbereiche** sind Bereiche, deren Schutzfunktion von der Erhaltung der Beschaffenheit des Bodens oder Geländes abhängt.

**Blaue Vorbehaltsbereiche** sind Bereiche, die für die Durchführung von technischen oder forstlich-biologischen Maßnahmen der Dienststellen benötigt werden und entsprechen

---

<sup>1</sup> DI Dr. Florian Rudolf-Miklau, BMLFUW, in: RdU Heft 2014/109, S. 184

einem Bauverbot für die Errichtung (Neu-, Zu- und Umbauten) von Objekten, die dem Aufenthalt von Menschen oder Tieren dienen.

Gemäß Gefahrenzonenplan sind somit folgende Punkte bei der Durchführung baurechtlicher oder raumplanerischer Verfahren zu beachten:

- Beiziehung eines Sachverständigen der Wildbach- und Lawinenverbauung, welcher die nach den örtlichen Gegebenheiten notwendigen Bauauflagen vorschreibt (öffnungs-freies Herausheben der Objekte je nach örtlicher Geländelage über das umliegende Gelände, hochgezogene Kellerschächte, Eingänge erhöht und an ungefährdeten Gebäudeseiten flache Geländeanschlüttungen, keine abflussbehindernden Einfriedungen, Ausführung von verdeckten Steinberollungen um die Fundamente bei Annäherung an Rote Gefahrenzone, keine Überbauung von verrohrten Gerinnen u.a.). Im Interesse des Bauwerbers wird die Herstellung des Einvernehmens mit der Wildbachverbauung bereits vor der Bauplanerstellung empfohlen.
- Objekte und Anlagen mit der Möglichkeit von Menschenansammlungen in Gefahrenzeiten dürfen keinesfalls (wenn sie nicht kurzfristig räum- und sperrbar sind) in jenem Bereich der "Gelben Wildbachgefahrenzone" liegen, wo Menschenleben außerhalb von Gebäuden gefährdet sind; dazu gehören u.a. Schulen, Camping- und Sportplätze. Die Erteilung einer Baubewilligung für o.g. Objekte und Anlagen ist daher in diesen Bereichen nicht zulässig. Im jeweiligen Anlassfall ist eine Stellungnahme der WLV einzuholen.

Die Anwendung der GZP-Informationen auf konkrete Planungen und Bauvorhaben bedarf schon deshalb einer einzelfallbezogenen Bewertung, da alle für die Liegenschaft relevanten (auch nicht im Gefahrenzonenplan ausgewiesenen) Naturgefahren, die impliziten GFZ-Informationen sowie der Auswirkungen (Risiken) für das konkrete Planungs- und Bauvorhaben durch einen Sachverständigen ausgewogen beurteilt werden müssen. Allein die Lage eines Grundstückes in der Roten Gefahrenzone ist nicht ausreichend, um eine Bewilligung zu versagen (VwGH, 27.03.1995, 91/10/0090).<sup>2</sup>

Für Baulandausweisungen ist der Leitfaden "Parameter für Ausweisungen (ÖEK u. FWP) in Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung" vom Amt der. Stmk. Landesregierung, ABT 13, GZ: ABT13-50.1/2013-610 vom 03.10.2013 heranzuziehen. Die Bebauung ist in Bereiche (Teilflächen der Gelben Wildbachgefahrenzone) zu lenken, welche im Allgemeinen weniger gefährdet sind (Schutz von Leben und Gut der Bauwerber sowie Einsparung vermeidbarer Aufwendungen der Öffentlichen Hand im Zusammenhang mit künftigen Schutzbauten). Aufschüttungen und neue Abflussgassen bzw. Flächenverluste in der Gelben Wildbachgefahrenzone dürfen zu keiner Verschärfung der Hochwassergefährdung für Dritte (Unterlieger) führen.

Im Rahmen von Raumplanungsverfahren sind der Gefährdungsgrad der neu auszuweisenden Flächen und die Auswirkungen der Ausweisung auf die Abflussverhältnisse von

---

<sup>2</sup> DI Dr. Florian Rudolf-Miklau, BMLFUW, in: RdU Heft 2014/109, S. 185f

der zuständigen Wildbach- und Lawinenverbauung zu beurteilen. Dabei ist jedenfalls konkret darzulegen, ob und durch welche Maßnahmen wesentliche Teile der zu bebauenden Flächen gefahrenfreigestellt werden können. Aus diesem Grunde wurde im Sinne der durchzuführenden Vorfragenabklärung sowie der geltenden Raumordnungsgrundsätze eine Stellungnahme des zuständigen Forsttechnischen Dienstes für Wildbach- und Lawinenverbauung, Gebietsbauleitung Steiermark Ost für bestehende unbebaute Baugebiete bzw. für neu festgelegte Baugebiete innerhalb von Gelben Wildbachgefahrenzonen eingeholt. Nach Prüfung durch die WLV wurden die Stellungnahmen der WLV der Stadtgemeinde und dem Örtlichen Raumplaner am 23.05.2019 übermittelt (vgl. Beilage 3.2). Die darin enthaltenen Prüfungen der Übereinstimmung der vorgesehenen Planungen mit dem Leitfaden „Parameter für Ausweisungen in Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung“ wurden gänzlich berücksichtigt.

#### 1.4.3 Lärmsanierungsgebiete (LM)

Gemäß § 29 (2) Z.2 StROG 2010 dürfen nur jene Flächen als vollwertiges Bauland festgelegt werden, die keiner der beabsichtigten Nutzung widersprechenden Lärmbelastung unterliegen, wobei die relevanten Normen und Richtlinien heranzuziehen sind.

Durch die ÖNORM S 5021 „Schalltechnische Grundlagen für die Örtliche und Überörtliche Raumplanung und -ordnung“, Ausgabe 04.04.2010 sind die Planungsrichtwerte für Immissionen für den Ruheanspruch von Standplätzen und Flächen festgelegt. Zur Beurteilung der Lärmimmissionen gemäß ÖNORM S 5021 wird dabei der Beurteilungspegel  $L_r$  herangezogen.

**Straßenlärm:** Entlang der der Bundesstraßen S 6 Semmering Schnellstraße und S 35 Brucker Schnellstraße sowie der Landesstraße B 116 Leobener Straße liegen Strategische Lärmkarten 2017 gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie vor.

Entlang der weiteren Landesstraßen im Gemeindegebiet, der L 111 Tragößerstraße und L 121 Brucker Begleitstraße liegen keine lärmtechnischen Untersuchungen vor.

Aufgrund des Fehlens konkreter lärmtechnischer Untersuchungen erfolgt keine plangrafisch exakte Sanierungsgebietsfestlegung im Nahbereich der Landesstraßen. Im Deckplan „Beschränkungen“ erfolgt eine planliche Darstellung von Lärmisophonen entlang der Landesstraßen gemäß den Strategischen Lärmkarten 2017 (60 dB bzw. 55 dB – Tag/Abend/Nacht und 50 dB bzw. 45 dB - Nacht) und in Form einer freien Schallausbreitung (55 dB – Tag und 45 dB - Nacht) auf Basis der zul. Geschwindigkeiten und des Verkehrsaufkommens der Landesstraßen gemäß Verkehrsserver des Landes Steiermark.

Im jeweiligen Anlassfall (Bauverfahren) ist zu prüfen, ob die festgelegten Planungsrichtwerte auf dem zu bebauenden Grundstück eingehalten werden. Bei Vorliegen einer Überschreitung dieser sind bei Neu-, Zu- und Umbauten entsprechende Lärmschutzmaßnahmen durch die Baubehörde vorzuschreiben.

**Bahnlärm:**

Lärmbelastungen durch das Schienenverkehrsaufkommen sind durch die ÖBB-Südstrecke Wien – Bruck/Mur – Graz bzw. Klagenfurt (Bahnhof Bruck an der Mur) und durch den Frachtenbahnhof Bruck/Mur gegeben. Entlang der der ÖBB-Südstrecke liegen Strategische Lärmkarten 2017 gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie vor.

Es ist im jeweiligen Anlassfall (Bauverfahren) zu prüfen, ob die festgelegten Planungsrichtwerte gem. ÖNORM S 5021 auf dem jeweils zu bebauenden Grundstück eingehalten werden. Bei Vorliegen einer Überschreitung dieser sind bei Neu-, Zu- und Umbauten entsprechende aktive und/oder passive Lärmschutzmaßnahmen durch die Baubehörde vorzuschreiben.

**Sonstige Lärmquellen:** Aufgrund des Fehlens konkreter lärmtechnischer Untersuchungen erfolgt keine planlich abgegrenzte Sanierungsgebietsfestlegung im Nahbereich der Betriebsstandorte. Im jeweiligen Anlassfall ist zu prüfen, ob bei Neu-, Zu- und Umbauten im Nahbereich der bestehenden Betriebsstandorte die festgelegten Planungsrichtwerte gem. ÖNORM S 5021 auf dem zu bebauenden Grundstück eingehalten werden. Bei Vorliegen einer Überschreitung dieser sind bei Neu-, Zu- und Umbauten entsprechende aktive und/oder passive Lärmschutzmaßnahmen durch die Baubehörde vorzuschreiben und sind diese im Rahmen der Erteilung der Benützungsbewilligung nachzuweisen.

**1.5 Ad § 4: Räumlich übereinander liegende und zeitlich aufeinander folgende Nutzungen und Ad § 7: Ausschluss einer Wohnnutzung**

Gem. § 26 (2) StROG 2010 idGF können verschiedene zeitlich aufeinanderfolgende Nutzungen und Baugebiete für ein und dieselbe Fläche näher festgelegt werden.

Diesbezüglich werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 per Wortlautfestlegung alle Fußgänger-, Straßen- und Bahnverbindungen über den Gewässern (Brücken) als übereinander liegende Nutzungen ausgewiesen.

Im Stadtteil St. Ruprecht werden nördlich der Leobener Straße (B 116) die im wiederverlautbarten Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 festgelegten räumlich überlagernde Nutzungen der Baugebiete KG (Erdgeschoß) mit WA (in den Obergeschoßen) unverändert fortgeführt.

In weiteren Bereichen werden zeitlich aufeinander folgende Nutzungen mit Angabe der geltenden Nutzungen sowie der jeweilig angestrebten Nachfolgenutzungen einschließlich erforderlicher Eintrittsbedingungen näher festgelegt (sh. auch Wortlautbestimmungen unter § 5). Alle zeitlich aufeinander folgenden Nutzungen werden in der Baulandflächenbilanz berücksichtigt.

Diese zeitlich aufeinander folgenden Nutzungen werden für jene Bereiche festgelegt, welche derzeit noch anders genutzt werden oder für welche eine Baulandeignung derzeit nicht gegeben ist, diese aber unter bestimmten Voraussetzungen zu erwarten ist. Dies be-

trifft insbesondere derzeit als Wald ersichtlich gemachte Flächen und die Aufgabe der derzeitigen Nutzung (Kleingarten).

Bei einem überwiegenden Teil der für eine zeitlich aufeinander folgende Nutzung vorgesehenen Flächen handelt es sich um bestehende Kleingartengebiete, für deren Nachfolgenutzung neben der Auflassung des Kleingartens zusätzlich festgelegt wird, dass das siedungspolitische Interesse an einer planmäßigen und auf die Umgebungsstruktur abgestimmten Entwicklung durch die Festschreibung des Planungsinstrumentes des Bebauungsplanes sichergestellt wird.

Wald:

Vgl. Seite 28 des Erläuterungsberichtes

Bruck Süd:

Im Zuge des Rückbaues der Hochstraße B116 konnten im Süden von Bruck erhebliche Potenzialflächen geschaffen werden. Diese Flächen befinden sich zum Großteil im Eigentum des Landes Steiermark. Auf Grund der guten Anbindung an die übergeordnete Verkehrsinfrastruktur als auch auf Grund der Nähe zum Stadtzentrum von Bruck sollten diese Flächen hochwertig genutzt werden.

Im Zuge dieses Rückbaues wurde auch eine Gefahrenfreistellung für diesen Bereich sichergestellt. Die Roten und Gelben Wildbachgefahrenzonen wurden auch im Gefahrenzonenplan durch die WLV geändert und wird die bisher festgelegte zeitlich aufeinander folgende Nutzung als Bauland zurückgenommen. Im Bereich des verrohrten Weitentalbaches wurde im Gefahrenzonenplan ein Blauer Vorbehaltsbereich festgelegt. Um diesen Blauen Vorbehaltsbereich von einer unmittelbaren Überbauung freizuhalten, wird in diesem Bereich eine Verkehrsfläche (Verk, im EG) mit einer räumlich überlagernden Nutzung als Bauland – Aufschließungsgebiet für Kerngebiet (KG(B1) für alle darüber liegenden Geschoße) festgelegt.

Da dieser Bereich sich im Einflussbereich von (über) regionalen Verkehrsträgern (S6, B116, L121, ÖBB-Bahnstrecke) befindet, wird aufgrund der Lärmsituation innerhalb diese Baulandes - Aufschließungsgebiet für Kerngebiet (KG (B1)) die Zulässigkeit der Errichtung von Wohnnutzungen gem. § 30 (1) Z.3 StROG 2010 idgF ausgeschlossen.

**1.6 Ad § 5: Festlegungen zur Freiraumgestaltung, Höhenentwicklung und Geländeveränderungen gemäß § 26(2) StROG 2010**

Im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung, welche im Verfahren zur 1. bzw. 2 STEK-Änderung zu den PV-Freiflächenanlagen „Picheldorf“ und „Oberaich“ durchgeführt wurde, wurde festgestellt, dass zur Verringerung der Auswirkungen auf das Straßen-, Orts- und Landschaftsbild entsprechende Maßnahmen festgelegt werden müssen. Diese erforderlichen Maßnahmen werden im Wortlaut zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 verbindlich festgelegt.

### 1.7 Ad § 6: Einkaufszentren

Gemäß § 31 (13) StROG 2010 idgF ist bereits auf Ebene des geltenden Stadtentwicklungskonzeptes 1.00 der Ausschluss und die Herabsetzung von zulässigen Verkaufsflächen für Einkaufszentren möglich. Aufgrund der Einstufung der Stadtgemeinde Bruck an der Mur als Regionales Zentrum gem. geltendem Landesentwicklungsprogramm 2009 sowie den Vorgaben der geltenden Einkaufszentrenverordnung wurden aufgrund der zentralörtlichen Funktion der Ausschlussbereiche von Einkaufszentren im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept 1.00 festgelegt. Diese Ausschlussbereiche werden in den Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 übernommen.

#### Siedlungspolitische Zielsetzungen gem. STEK Nr. 1.00:

Die Stadtgemeinde Bruck an der Mur möchte beispielgebend in der Steiermark keine neuen Einkaufszentren für Lebensmittelhandel (E1) im gesamten Stadtgebiet, ausgenommen im historischen Zentrum der Altstadt, errichten. Dabei handelt es sich um Lebensmittelmärkte mit einer gesamten Verkaufsfläche von größer 800 m<sup>2</sup>. Die Verkaufsflächenobergrenze von Einkaufszentren 1 (E1) im historischen Stadtzentrum ist in Abhängigkeit von der Verkehrserschließung, der Bedienungsqualität durch den öffentlichen Personennahverkehr und von der Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft abhängig zu machen.

Hinsichtlich bestehender Einkaufszentren 2 (E2), das sind Handelsbetriebe die keine Lebensmittel in ihrem Warensortiment führen, wie z.B. das Möbeleinrichtungshaus „Leiner“ im historischen Altstadtbereich, sollen Weiterentwicklungen jedenfalls sichergestellt werden.

Dabei sind die Kriterien nach § 31 StROG 2010 (Einkaufszentren) im Sinne der Bestimmung des Abs. 8 (Einzelstandortverordnung) hinsichtlich der Bedachtnahme auf die Funktionsfähigkeit des zentralen Ortes Bruck/Mur einschließlich der angestrebten Siedlungsstruktur, den Nachweis der Einordnung von Teilräumen in die Entwicklung des Gesamtgebietes, die Vermeidung unzumutbarer Immissionen und großräumige Überlastung der Verkehrsinfrastruktur durch den Einkaufszentrumsbetrieb, die geeignete Verkehrserschließung der Einkaufszentrumsflächen für den motorisierten Individualverkehr (MIV), eine ausreichende Bedienungsqualität durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft nachzuweisen.

Die Gebiete für die Erweiterung bzw. allenfalls Neuerrichtung von Einkaufszentren 2 (E2) sind nach eingehender Diskussion auf den Standort des Regionalen Zentrums Bruck/Mur beschränkt worden. Davon ausgenommen ist das bereits bestehende Bauland – Gebiet für Einkaufszentren 2 (E2) im Ortsteil St. Ruprecht. Das Regionale Zentrum bezieht sich diesfalls ausschließlich auf die Altstadt (Zentrumsbereich) orografisch linksufrig der Mur, ebenfalls orografisch rechtsufrig der Mur (Bereich Bruck-Süd). Die Errichtung von Einkaufszentren 2 (E2) ist beidseitig der Straßenverbindung südlich der Murbrücke bis zum Kreisverkehr zulässig. Dieser Bereich wird dem innerstädtischen Bereich (Regionalen



Zentrum) räumlich-funktionell zugeordnet und ist daher kein Einkaufszentrenausschluss (E2) vorgesehen. Das Planungsgebiet „Europas“ selbst wird mit dem Ausschluss von E1 und E2 festgelegt. Die Verkaufsflächenobergrenze ist in Abhängigkeit der Verkehrerschließung, der Bedienungsqualität durch den öffentlichen Personennahverkehr und von der Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen der Nachbarschaft abhängig zu machen (sh. oben § 31 StROG).

### 1.8 **Ad § 8: Bebauungsplanzonierung**

Gemäß den Bestimmungen des § 40 (1) StROG 2010 idgF hat jede Gemeinde zur Umsetzung der im Flächenwidmungsplan festgelegten Bebauungsplanzonierung durch Verordnung Bebauungspläne zu erstellen und fortzuführen. Die Gemeinde kann Teile des Baulandes, für die Bebauungspläne nicht erforderlich sind, mit Beschluss festlegen (Zonierung). Die Gründe für eine derartige Festlegung sind der Aufsichtsbehörde mitzuteilen. Der Bebauungsplanzonierungsplan stellt in graphischer Art und Weise jene Bereiche dar, für die Bebauungspläne gemäß den o.a. Bestimmungen zu erstellen sind.

Weiters sind im Bebauungsplanzonierungsplan alle wiederverlautbarten Bebauungspläne und Bebauungsrichtlinien (r) der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehem. Marktgemeinde Oberaich plangrafisch lagerichtig dargestellt und als Anlage 1 zum Wortlaut aufgelistet, um einen Gesamtüberblick über die rechtswirksamen Planungsinstrumente innerhalb der Stadtgemeinde bieten zu können. Ebenso dargestellt werden jene Flächen, für die Bebauungspläne im öffentlichen Interesse der Stadtgemeinde Bruck an der Mur noch zu erlassen sind.

#### **Anpassungsbedarf:**

Mit dem Attribut „a“ wird im Bebauungsplanzonierungsplan festgehalten, dass ein Anpassungsbedarf für den jeweils geltenden Bebauungsplan bzw. der geltenden Bebauungsrichtlinie vorliegt. Die jeweilige Begründung zur erforderlichen Anpassung von Bebauungsplänen bzw. Neuerstellung von Bebauungsplänen anstelle geltender Bebauungsrichtlinien ist in der Anlage 1 zum Wortlaut näher beschrieben.

Für das städtebauliche Quartier östlich der Lamingfeldsiedlung wird bei gegebenem Veränderungsdruck zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Neuorientierung des Gebietes ein städtebauliches Rahmenkonzept erstellt, welches als eigener Bebauungsplan verordnet werden soll. Dabei ist eine allfällige Erhöhung der Bebauungsdichte fachlich zu prüfen.

Für die Handels- und Dienstleistungszone Bruck Süd wird aufgrund des städtebaulichen Veränderungsdruckes und der Neuausrichtung nach Umsetzung des Straßenprojektes die Erstellung eines Bebauungsplanes festgelegt. Für ein Teilgebiet entlang der Wienerstraße wird zur Sicherstellung einer für die angestrebte Entwicklung ausreichend dimensionierten Verkehrerschließung sowie Anbindung an den Waldweg die Erstellung eines Bebauungsplanes festgelegt.

**Masterplan Hochfeld:**

Für das Planungsgebiet im Bereich Hochfeld, welches eines der größten zusammenhängenden Siedlungspotenziale für die künftige Wohnentwicklung darstellt, wurde von der Stadtgemeinde ein Masterplan erstellt. Dieser bildet die Grundlage für die nachfolgende Bebauung bzw. gibt auch den Rahmen für die künftig zu erstellenden Bebauungsplänen bei zuvor erfolgter bedarfsorientierter Baulandfestlegung vor. Das Masterplan-Gebiet wird im Baulandzonierungsplan plangrafisch näher dargestellt.

**1.9 Ad § 9: Sondernutzungen im Freiland**

Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 werden Sondernutzungen im Freiland gemäß § 33 (3) Z.1 StROG 2010 idgF ausgewiesen. In der Legende zum Planwerk des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 werden die im Plan verwendeten Kurzbezeichnungen gemäß geltender Planzeichenverordnung 2016 aufgelistet. Bei den im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 festgelegten Sondernutzungen im Freiland handelt es sich überwiegend um Übernahmen aus den wiederverlautbaren Flächenwidmungsplänen Nr. 4.00 der ehemaligen Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehemaligen Marktgemeinde Oberaich und/oder Anpassungen aufgrund des tatsächlichen Bestandes in der Natur auf Basis der durchgeführten Bestandsanalyse sowie in Übereinstimmung mit der angestrebten Nutzung gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00. Auf diesen Flächen sollen die dem jeweiligen Typus der Sondernutzung entsprechenden Verwendungszwecke rechtlich abgesichert und planmäßig fortgeführt werden.

**1.10 Ad § 10: Ersichtlichmachungen**

Die im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 (Planwerk) darzustellenden Ersichtlichmachungen werden im Wortlaut näher angeführt. Nachfolgend werden jene Themenbereiche angeführt, für die ergänzende Erläuterungen erforderlich sind.

**1.10.1 Nahelage zu Landes-/Gemeindestraßen**

Bei Nahelage zu Landes-/ Gemeindestraßen ist für bauliche Anlagen, Veränderungen des natürlichen Geländes und Einfriedungen innerhalb einer Entfernung von 15,0 m (Landesstraße) bzw. 5,0 m (Gemeindestraßen) zur äußeren Begrenzung des Straßenkörpers eine Ausnahmegewilligung gem. § 24 (1) Stmk. Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 idgF bei der zuständigen Straßenverwaltung einzuholen.

Zu- und Abfahrten an bestehende Landesstraßen dürfen nur mit Zustimmung der Landesstraßenverwaltung errichtet werden. Dazu ist zur Benützung des Straßengrundes ein Gestattungsvertrag mit der zuständigen Landesstraßenverwaltung (Baubezirksleitung Obersteiermark Ost) gem. § 24 (1) Stmk. Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 idgF abzuschließen. Bei Gemeindestraßen ist die erforderliche Zustimmung bei der Gemeindestraßenverwaltung einzuholen.

**1.10.2 Naturräumliche Schutzgebiete**

Gem. GIS-Datenlieferung des Amtes der Stmk. Landesregierung vom 12.09.2017 bzw. Schreiben der Abteilung 13 vom 28.01.2019, GZ: ABT13-50E-106/2017-43 wurden fol-

gende Eintragungen im Naturschutzbuch (Natura 2000 Gebiet „Buchenwälder bei Bruck an der Mur“, Naturschutzgebiete, Biotope gem. der Stmk. Biotopkartierung und Naturdenkmale) im Gemeindegebiet von Bruck an der Mur bekannt gegeben.

Die Ersichtlichmachung der Biotopflächen erfolgt aufgrund der Bekanntgabe von bislang aufgenommenen Biotopflächen im Rahmen des Biodigitop I des Landes Steiermark, Bekanntgabe durch das Amt der Stmk. Landesregierung. Die einzelnen Biotopflächen einschließlich Pufferzonen wurden digital von der GIS-Abteilung des Landes zur Verfügung gestellt und im Planwerk lagerichtig ersichtlich gemacht.

Im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren ist im jeweiligen Anlassfall zu prüfen, ob eine Bewilligung gem. Stmk. Naturschutzgesetzes 2017 bei Lage innerhalb der naturräumlichen Schutzgebiete erforderlich ist.

### **1.10.3 Altablagerungen, potenzielle Verdachtsflächen**

Am 22.02.2019 wurden durch das Amt der Stmk Landesregierung, Abteilung 15 – Referat Abfall- und Abwassertechnik, Chemie, GZ: ABT15-155510/2017-42 die Flächen für Altlasten und Altstandorte gem. Auszug aus der Verdachtsflächendatenbank Steiermark letztaktualisiert übermittelt.

Die Auswertung der Verdachtsflächen wurde aus dem neu eingerichteten „Altlasten-Portal“, welches beim Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus geführt wird, erstellt. Die Verdachtsflächen wurden nunmehr auch in digitaler Form und planlich übermittelt (Shape-File) und in einer Excel-Aufstellung aufgelistet. Die übermittelten Flächen für Altlasten und Altstandorte werden gem. Auszug aus der Verdachtsflächendatenbank Steiermark im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 und im Deckplan „Beschränkungen“ der Stadtgemeinde Bruck an der Mur aktualisiert ersichtlich gemacht (vgl. Beilage Nr. 3.4).

Im Zuge der nachfolgenden Individualverfahren ist im jeweiligen Anlassfall im Bereich oder im Nahbereich dieser Flächen die zuständige Behörde vorab zu konsultieren und ist im Anlassfall der Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit durch ein einschlägiges Fachgutachten bzw. der Nachweis der Standsicherheit des Untergrundes durch ein bodenmechanisches Gutachten zu erbringen.

### **1.10.4 Denkmalschutz/Bodenfundstätten**

Laut Bekanntgabe des Bundesdenkmalamtes, Landeskonservatorat für Steiermark vom 28.09.2017, GZ: BDA-26477.obj/0003-STMK/2017 stehen die angeführten Objekte im Gemeindegebiet unter Denkmalschutz sowie bestehen nachfolgend angeführte Bodendenkmale bzw. archäologische Fundstellen.

Diese werden im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemacht. Die angeführten Bodendenkmale bzw. archäologischen Fundstellen (vgl. Anhang 3.5) sowie die unter Denkmalschutz stehenden Objekte gem. Liste der unbeweglichen und archäologischen Denkmale unter Denkmalschutz, Stand: 23.01.2019 werden im Flächenwidmungsplan gesondert ersichtlich gemacht.

### 1.10.5 Ausschlusszonen für Windkraftanlagen

Gemäß dem rechtswirksamen Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Windenergie, LGBl. Nr. 72/2013 idF LGBl. Nr. 106/2014 sind im Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Bruck an der Mur Ausschlusszonen für Windkraftanlagen festgelegt. Diese werden plangraphisch im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemacht und sind bei Betroffenheit die Bestimmungen des Entwicklungsprogrammes für den Sachbereich Windenergie zu berücksichtigen.

### 1.11 Ad § 11: Uferstreifen entlang von Gewässern

Gemäß § 2 (1) a) WRG 1959 idGF gelten als öffentliche Gewässer die im Anhang A zum WRG 1959 idGF namentlich aufgezählten Ströme, Flüsse, Bäche und Seen mit allen ihren Armen, Seitenkanälen und Verzweigungen und die gemäß § 2 (1) b) und c) leg cit angeführten Gewässer.

Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 werden die Gewässer gemäß GIS-Datenlieferung vom Amt der Stmk. Landesregierung 2017 und aktueller Digitaler Katastralmappe (DKM) ersichtlich gemacht.

Gemäß § 3 (1) des geltenden Programmes zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBl. Nr. 117/2005 sind zur Minimierung des Risikos bei Hochwasserereignissen die räumlichen Voraussetzungen für den Wasserrückhalt im Einzugsgebiet und im Abflussbereich eines Hochwassers zu erhalten und zu verbessern. Zusammenhängende Freiräume sind zu erhalten, um das Gefährdungs- und Schadenspotenzial bei Hochwasserereignissen so gering wie möglich zu halten. So ist der vorausschauenden Freihaltung der Hochwasserretentions- und Abflussräume (sowie der Gefahrenzonen von Wildbächen) Priorität vor der nachträglichen Sanierung einzuräumen.

Als Maßnahme wird im SAPRO Hochwasser angeführt, dass nachfolgende Bereiche von Baugebieten (vollwertiges Bauland und Aufschließungsgebiete) und von solchen Sondernutzungen im Freiland freizuhalten sind, die das Schadenspotenzial erhöhen und Abflusshindernisse darstellen, ebenso von Neubauten land- und forstwirtschaftlicher Betriebe:

- Hochwasserabflussgebiete des HQ<sub>100</sub>.
- Uferstreifen entlang natürlich fließender Gewässer von mind. 10,0 m bzw. 20,0 m (entlang der Mur), jeweils gemessen von der Böschungsoberkante (im funktional begründeten Einzelfall auch darüber hinaus).
- Flächen, die sich für Hochwasserschutzmaßnahmen besonders eignen.
- Rote Gefahrenzonen und Blaue Vorbehaltsbereiche der Wildbach- und Lawinenverbauung auf Grundlage des Forstgesetzes 1975 idGF.

Die Ausnahmebestimmungen des § 4 (2) des SAPRO Hochwasser (z.B. bei Baulückenschließung) sind im Bedarfsfalle auf ihre Anwendbarkeit hin zu prüfen.

Gemäß § 5 (5) des Regionalen Entwicklungsprogramms für die Planungsregion Obersteiermark Ost, LGBl. Nr. 89/2016 gelten Uferstreifen an natürlich fließenden Gewässern von mind. 10 m, gemessen ab der Böschungsoberkante (im funktional begründeten Einzelfall auch darüber hinaus) als Grünzonen. In diesen Bereichen können für Baulückenschließungen geringen Ausmaßes Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist die ökologische Funktion des jeweiligen Uferstreifens zu berücksichtigen. Die Festlegung von Bauland und Sondernutzungen im Freiland für Ablagerungsplätze, Aufschüttungsgebiete, Schießstätten, Schieß- und Sprengmittellager und ihre Gefährdungsbereiche und Bodenentnahmeflächen sind unzulässig. Die Erweiterung rechtmäßig bestehender Rohstoffgewinnung ist zulässig.

Weiters sind gemäß § 5 (1) des REPRO die wasserwirtschaftlichen Vorrangzonen von Baulandfestlegungen freizuhalten. Als wasserwirtschaftliche Vorrangzonen gelten alle Flächen innerhalb von HQ<sub>100</sub>-Bereichen. Somit sind die unbebauten HQ<sub>100</sub>-Bereiche gemäß REPRO und gemäß SAPRO Hochwasser von künftiger Bebauung freizuhalten.

Die Darstellung der Uferstreifen entspricht demnach den gelt. Bestimmungen des REPRO Obersteiermark Ost und dem Programm zur hochwassersicheren Entwicklung von Siedlungsräumen. Die schematische Darstellung erfolgt anhand der in der Digitalen Katastermappe dargestellten Grundlagen und deckt sich diese nicht in allen Gebieten mit dem tatsächlichen Verlauf der Gewässer. Genaue Vermessungen der Böschungsoberkanten und -verläufe liegen zum derzeitigen Zeitpunkt nicht vor. Im Anlassfall hat hier eine Überarbeitung der getroffenen Festlegung auf Basis einer vermessungstechnischen Naturbestandsaufnahme der Böschung zu erfolgen.

Nicht ständig wasserführende Gewässer, die nicht auf einem eigenen Grundstück liegen und deren Lage ohne Vermessung bzw. Naturbestandsaufnahme nicht verifiziert werden kann, werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00, sofern möglich, als Gerinne symbolisch dargestellt (blau strichlierte Linien).

#### **1.12 Ad § 12: Maßnahmen zur aktiven Bodenpolitik**

Jede Gemeinde hat gemäß § 34 StROG 2010 idGF Maßnahmen oder Festlegungen nach § 35 (privatwirtschaftliche Maßnahmen) und/oder § 36 (Bebauungsfrist) und/oder § 37 (Vorbehaltsflächen) im Flächenwidmungsplan zur Verwirklichung der angestrebten Entwicklungsziele entsprechend dem zu erwartenden Bedarf zu treffen. § 34 leg cit stellt eine Verpflichtung zur Bodenpolitik im Zuge der Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 dar und eröffnet den Gemeinden die rechtliche Möglichkeit zum Handeln.

Die Baulandmobilisierungsmaßnahmen betreffen alle unbebauten Baugebiete. Eine Grundfläche ist gemäß § 2 (1) Z. 33 StROG 2010 als unbebaut anzusehen, wenn diese nicht mit einem widmungskonformen Gebäude (Rohbaufertigstellung) oder mit einer mit der widmungskonformen Nutzung zusammenhängenden baulichen Anlage (wie Carport, Schwimmbecken u. dgl.) bebaut ist. Industrie- und Gewerbegrundstücke, welche unbebaut, aber industriell oder gewerblich genutzt sind (z.B. Holzlagerplatz, Parkplatz für Gast-

höfe und Handelsbetriebe u. dgl.) und im räumlich-funktionellen Zusammenhang mit einem Betrieb stehen, unterliegen nicht der Baulandmobilisierung, da eine widmungsge-  
mäßige Nutzung vorliegt (vgl. Erlass des Amtes der Stmk. Landesregierung, GZ: FA13B –  
10.00 5 – 05/27 vom 08.02.2005).

Die vor der Gemeindefusion festgelegten Maßnahmen zur Aktiven Bodenpolitik der Stadt-  
gemeinde Bruck an der Mur und der ehemaligen Marktgemeinde Oberaich wurden auf  
Basis unterschiedlicher Rechtsgrundlagen (StROG 1974 bzw. StROG 2010) und zu gän-  
zlich unterschiedlichen Zeitpunkten abgeschlossen. Aufgrund der fehlenden Übergangsbe-  
stimmungen des StROG 2010 zu alten Bebauungsfristen und privatwirtschaftlichen Maß-  
nahmen nach dem StROG 1974 werden die von den Altgemeinden abgeschlossenen und  
teilweise bereits abgelaufenen Maßnahmen zur Aktiven Bodenpolitik nicht fortgeführt und  
für alle unbebauten Baulandflächen > 3.000 m<sup>2</sup> nunmehr einheitlich für das gesamte  
Gemeindegebiet neue und einheitliche Bebauungsfristen festgelegt. Dies erfolgt insbe-  
sondere im Sinne einer Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer der Stadtgemein-  
de Bruck an der Mur.

**Privatwirtschaftliche Maßnahmen (BV):** Für neu als Bauland festgelegte Grundstücke bzw.  
Grundstücksteilflächen unter 3.000 m<sup>2</sup> können im Rahmen der Neuerstellung des Flä-  
chenwidmungsplanes Nr. 1.00 gemäß den Bestimmungen des § 35 StROG privatwirt-  
schaftliche Maßnahmen getroffen werden. Für kleinflächige Baulandarrondierungen/-  
erweiterungen werden im Rahmen der Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes Nr.  
1.00 keine zusätzlichen privatwirtschaftlichen Maßnahmen abgeschlossen.

Die im Rahmen von zwischenzeitlichen Änderungsverfahren nach Gemeindefusion der  
Stadtgemeinde Bruck an der Mur abgeschlossenen und noch geltenden privatwirtschaftli-  
chen Maßnahmen gemäß § 35 StROG 2010 werden in den Flächenwidmungsplan Nr.  
1.00 als Maßnahme zur Aktiven Bodenpolitik übernommen. Diese sind im § 10 (1) des  
Wortlautes zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 fortgeführt und im Baulandflächenbilanz-  
plan dargestellt. Dies betrifft das Grundstück Nr. 214, KG Oberaich, welches im Rahmen  
der FWP-Änderung Nr. 0.05 als Bauland – Aufschließungsgebiet für Reines Wohngebiet  
neu festgelegt wurde.

**Bebauungsfrist (BF):** Für nicht bebaute zusammenhängende Grundstücksflächen (Bau-  
landflächen) ab 3.000 m<sup>2</sup> und größer derselben GrundeigentümerInnen erfolgt die Fest-  
legung der Bebauungsfrist gemäß § 36 StROG 2010 idgF.

Für jene Baulandgebiete, welche Bauland gem. § 29 (2) StROG 2010 idgF bzw. Aufschlie-  
ßungsgebiete nach § 29 (3) StROG 2010 idgF darstellen und ausschließlich die Grund-  
stückseigentümer für die Herstellung der Aufschließungserfordernisse verantwortlich sind,  
wird der Beginn des Fristenlaufes mit Rechtskraft des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00  
bzw. mit Eintritt der zeitlich aufeinanderfolgenden Nutzung festgelegt. Bei allen übrigen  
Bauland-Aufschließungsgebieten nach § 29 (3) leg cit erfolgt der Fristbeginn nach

Rechtskraft des jeweils noch zu erlassenden Bebauungsplanes bzw. Eintritt der zeitlich aufeinander folgenden Nutzung als Bauland.

Als Sanktion wird bei fruchtlosem Fristablauf die Investitionsabgabe von € 1,-/m<sup>2</sup>/ Jahr gem. geltendem ROG 2010 festgelegt. Diesbezüglich gelten die Bestimmungen des § 36 StROG 2010 idgF.

**Vorbehaltsflächen:** Die im wiederverlautbarten Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 idgF. bzw. zwischenzeitlichen Änderungsverfahren der Stadtgemeinde Bruck an der Mur festgelegten Vorbehaltsflächen (Erweiterungspotenziale im Bereich des LKH Hochsteiermark und der Abfallreinigungsanlage, Fläche für den förderbaren Wohnbau am Hochfeld (Krecker-spitz)) werden im öffentlichen Interesse auch im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 übernommen. Die im wiederverlautbarten Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 der ehemaligen Marktgemeinde Oberaich festgelegte Vorbehaltsfläche Seniorenzentrum wird nach Umsetzung des Seniorenzentrums mangels Bedarf wieder zurückgenommen.

### **1.13 Ad § 13: Tierhaltungsbetriebe**

Im Nahbereich von bestehenden landwirtschaftlichen Betrieben mit Tierhaltung kann es insbesondere bei Nahelagen von Wohngebieten zu allfälligen Konflikten aufgrund von Geruchsbelästigungen kommen.

Die „Vorläufige Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen“ (VRL) von Oktober 1995 bietet für alle Anwendungsfälle ein objektiv nachvollziehbares Kriterium zur quantitativen und qualitativen Abschätzung des zu erwartenden Ausmaßes der Immissionen.

Seit Jänner 2017 liegt die endgültige Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen vor. Nach Rücksprache mit der ABT13 ist bis zur Anpassung des gelt. StROG 2010 die VRL weiterhin anzuwenden.

Die Abschätzung der Immissionen der zu beurteilenden Objekte erfolgt anhand der Tierart und Nutzungsrichtung, der Tierzahl und der landtechnischen Ausstattung. Für die Bewertung der sich daraus ergebenden Immissionen sind die Ausbreitungsbedingungen durch eine meteorologische Beurteilung und die, in der Raumordnung festgelegten Flächenwidmungen in eine Abstandsregelung eingebunden. Dies ist in einer umwelthygienischen Bewertung mit besonderer Berücksichtigung des Geruches zusammengefasst. Diese Einflussfaktoren sind Bestandteile des empirisch verifizierten Modells (Worst-case-Szenario), das auf die Übereinstimmung mit vorhandenen Situationen und Nutzungen überprüft wurde.

Damit wird die Festlegung von Mindestabständen zwischen Nutztierhaltungsbetrieben und Wohngebieten ermöglicht, wodurch ein weitgehender Schutz vor Immissionen aus der Nutztierhaltung zu erwarten ist.

Gemäß der seit Jänner 2017 vorliegenden endgültige Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen ist als Möglichkeit eine detaillierte Ausbreitungsmodellrechnung auf Basis der Strömungsmechanik (GRAL) vorgesehen.

Im Zuge der Erstellung des Entwurfes des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 wurden die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe seitens der Bauabteilung der Stadtgemeinde Bruck an der Mur in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Raumplanungsbüro erhoben. Auf Basis der erhobenen Tierzahlen wurde jeweils der Geruchsschwellenabstand sowie der Belästigungsbereich (Worst Case) für alle relevanten Tierhaltungsbetriebe vom Raumplaner ermittelt und dokumentiert.

Im Gemeindegebiet von Bruck an der Mur gibt es zwei Tierhaltungsbetriebe mit einer Geruchszahl über  $G=20$  (Ortsteile Streitgarn und Kaltbachsiedlung).

Entsprechend den Bestimmungen des § 27 (2) StROG 2010 werden die Geruchskreise (Geruchsschwelle und Belästigungsbereich) des bestehenden Tierhaltungsbetriebes mit einer Geruchszahl  $G>20$  im Flächenwidmungsplan ersichtlich gemacht.

Tierhaltungsbetriebe mit einer Geruchszahl  $G<20$  werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 mit dem Symbol lt. gelt. Planzeichenverordnung lagerichtig ersichtlich gemacht. Die detaillierte Darstellung der Geruchsschwellenabstände und Belästigungsbereiche erfolgt für diese Tierhaltungsbetriebe im Deckplan „Beschränkungen“.

Baulandbereiche, welche innerhalb von Belästigungsbereichen landwirtschaftlicher Betriebe (auch bei  $G < 20$ ) als Bauland – WR, WA, KG ausgewiesen wurden, weisen nach den Bestimmungen unter § 29 (2) StROG 2010 die Voraussetzungen für vollwertiges Bauland nicht auf. Somit sind als Bauland (Reines und Allgemeines Wohngebiet, Kerngebiet) festgelegte Grundstücke als Sanierungsgebiet gem. § 29 (4) StROG 2010 festzulegen. Dies gilt jedoch nur für den Belästigungsbereich und nicht für den Wahrnehmungsbereich. Der Geruchsschwellenabstand bzw. der davon abgeleitete Belästigungsbereich stellt in erster Linie mögliche Konfliktzonen dar. Diese beiden Bereiche sollen sowohl die Baubehörde als auch die Stadtgemeinde im Rahmen der siedlungspolitischen Zielsetzungen der Örtlichen Raumordnung dabei unterstützen, allfällige Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzungen frühzeitig zu erkennen und die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zu ergreifen.

Der Geruchsschwellenabstand dient der Information, ab welcher Entfernung mit der Wahrnehmbarkeit von Gerüchen zu rechnen ist. Der Belästigungsbereich auf Basis der Worst-case-Berechnung dient ebenfalls in erster Linie der Information der Baubehörde über mögliche Konfliktzonen bei unterschiedlichen Nutzungen.

Innerhalb dieser Bereiche hat die Baubehörde bei Verfahren mit Wohnnutzungen, ausgenommen betriebszugehörige Wohnnutzungen des jeweiligen Tierhaltungsbetriebes, zu prüfen, ob ein tatsächlicher Belästigungsbereich vorliegt (Einzelfalluntersuchung – ausgehend von der Worst-Case-Betrachtung – sh. nachfolgende Ausführungen). Liegt dieser



nicht vor, so kann auch keine unzumutbare Belästigung vorliegen. Liegt ein solcher vor, ist im Bedarfsfall ein medizinisches Gutachten einzuholen, ob eine unzumutbare Belästigung vorliegt. Bei Vorliegen einer unzumutbaren Belästigung hat die Baubehörde entsprechende Schritte gem. § 29 (6) Stmk. BauG 1995 idGF zu prüfen.

**Für Bauverfahren wird eine Handlungsanleitung der ABT 13 im Sinne einer Einzelfallbeurteilung nachfolgend näher dargestellt:**

Handlungsanleitung für die Stadtgemeinde Bruck an der Mur im Rahmen der Einzelfallbeurteilung von Emissionen aus Nutztierhaltung in Stallungen:

Bei der Erhebung der Grundlagen für die Berechnung der Geruchszahl und darauf basierend des Geruchsschwellenabstandes im Rahmen der Neuerstellung des Flächenwidmungsplanes Nr. 1.00 ist von jenem Tierbestand auszugehen, der baurechtlich bewilligt ist (Grundlage ist das Projekt, das baubehördlich bewilligt wurde). Liegt für das Stallgebäude keine Baubewilligung vor, ist grundsätzlich nach den Bestimmungen des § 40 Stmk. Baugesetz 1995 die Feststellung der Rechtmäßigkeit erforderlich. Auf Grundlage der Ergebnisse dieses Verfahrens ist in der Folge die Ermittlung der Geruchszahlen und des Geruchsschwellenabstandes vorzunehmen. Desgleichen ist bei Beständen, bei denen weder eine Baubewilligung noch eine Feststellung der Rechtmäßigkeit vorliegt, ein nachträgliches Baubewilligungsverfahren durchzuführen, auf dessen Grundlage wiederum die Geruchsschwellenabstände zu ermitteln sind.

Um präzisere Ergebnisse über die Geruchsimmissionssituation zu erhalten, sind bei der Berechnung der Geruchsschwellenabstände im Rahmen einer Einzelfallbeurteilung folgende Daten bzw. Unterlagen zu berücksichtigen:

**1. Erhebung des bewilligten/als bewilligt anzusehenden Stallbestandes**

**A) Durchführung eines nachträglichen Baubewilligungs- oder Feststellungsverfahrens:**

Diesbezüglich sind einem Bauansuchen bzw. einem Antrag auf Feststellung der Rechtmäßigkeit als Unterlagen jedenfalls ein Einreichplan samt Baubeschreibung und Angaben über den Verwendungszweck (Art, Anzahl und Haltungsform der Tiere, Art der Fütterung, Lüftungs- und Entmistungstechnik) anzuschließen. In einem amts-  
wegig eingeleiteten Feststellungsverfahren ist der Landwirt zu beauftragen, diese Projektunterlagen binnen einer entsprechenden Frist vorzulegen.

**B) Nähere Angaben zur Lüftungstechnik bei genehmigten Stallgebäuden**

Wenn kein(e) Lüftungsplan/-beschreibung im genehmigten Projekt vorhanden ist, ist die technische Anlage seitens eines Bausachverständigen nachvollziehbar zu beschreiben. Folgende Angaben sind dazu erforderlich:

- die Höhe der Abluftaustrittsöffnung gegenüber dem Umgebungsniveau des Stallgebäudes,
- die Lüftungstechnischen Parameter für den Sommer- und Winterbetrieb wie Luftstraten,
- die Austrittsgeschwindigkeit an der Abluftkaminoberkante in m/s und
- die Lage der Kaminoberkante in Bezug zum First (Über- bzw. Unterfirstlüftung).

## 2. Meteorologie

### A) Repräsentatives Windgutachten

Für den betroffenen Standort ist ein repräsentatives Windgutachten von einem meteorologischen Wetterdienst auf Basis langjähriger Datenanalysen zu erstellen (z.B. ZAMG - Zentralanstalt f. Meteorologie und Geodynamik, Regionalstelle Steiermark). Dazu sind die Angaben zu den Häufigkeiten der Windrichtungen in Prozent der Jahresstunden (8- oder 16-teilige Windrose) notwendig bzw. sind ggf. Daten einer örtlichen Windmessung zu berücksichtigen. Aufgrund der aktuellen Judikatur ist eine Messstelle in der Nähe des Standortes erforderlich.

### B) Bewertung der Geländeklimatologie unter Berücksichtigung der konkreten Lage des Stallobjektes

Die Bewertung der Geländeklimatologie ist von seiner jeweiligen Orographie abhängig. Eine genaue Einschätzung dieser ist anhand der Tabelle 5 (Seite 28) der vorläufigen Richtlinie zur Beurteilung von Immissionen aus der Nutztierhaltung in Stallungen durchzuführen.

Innerhalb von Belästigungsbereichen ist gem. § 29 (3) iVm § 29 (2) Z.2 StROG 2010 in Bauverfahren für Wohnnutzungen nachzuweisen (Sanierungsmangel), ob eine unzumutbare Belästigung vorliegt. Dazu ist seitens eines Sachverständigen abzuklären, ob eine der beabsichtigten Nutzung widersprechende Immissionsbelastung vorliegt. Wird keine der beabsichtigten Nutzung widersprechende Geruchsbelästigung festgestellt, entfällt der Sanierungsmangel.

Ist für unbebaute Grundstücke im Nahbereich von Tierhaltungsbetrieben, welche als Bauland (Reines-, Allgemeines Wohngebiet, Kur-, Erholungs- und Ferienwohngebiet) festgelegt sind, die Verpflichtung zur Erlassung eines Bebauungsplanes erforderlich, so ist im Zuge der Erstellung des Bebauungsplanes dieser Tierhaltungsbetrieb durch Festlegung der zulässigen Nutzungen gem. § 41 (2) StROG 2010 im Nahbereich zum Tierhaltungsbetrieb entsprechend zu berücksichtigen.

Werden die Interessen gem. § 95 Stmk. BauG 1995 durch eine aufrechte baubehördliche Bewilligung im Rahmen der Landwirtschaft nicht mehr ausreichend geschützt, hat die Behörde gem. § 29 (6) Stmk. BauG 1995 idgF – insbesondere auf Antrag eines Nachbarn – in begründeten Fällen andere oder zusätzliche Auflagen nach dem Stand der Technik vorzuschreiben.

### 1.14 Umweltprüfung

Gem. § 4 (1) StROG 2010 idgF ist im Rahmen der Erstellung und Änderung von Plänen und Programmen eine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen, wenn die Planungen und Programme geeignet sind, Grundlage für ein Projekt zu sein, das gemäß dem Anhang 1 des UVP-G 2000 idF. BGBl. I Nr. 50/2002 einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegt oder geeignet ist, Europaschutzgebiete nach dem Stmk. Naturschutzgesetz 2017 idgF erheblich zu beeinträchtigen.

Eine Umweltprüfung ist jedoch dann nicht erforderlich, wenn es sich um geringfügige Änderungen von Plänen und Programmen oder um die Nutzung kleiner Gebiete handelt. Diesbezüglich wurde im Auftrag der Stmk. Landesregierung von freiland Umweltconsulting der „Leitfaden SUP in der Örtlichen Raumplanung Steiermark“ (Stand: 04/2011 in der 2.ten Fassung) herausgegeben. Konkret ist keine Umweltprüfung durchzuführen und ein Umweltbericht zu erstellen, wenn mindestens eines der darin festgelegten Ausschlusskriterien erfüllt werden kann.

Da im Rahmen der Neuerstellung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.00 bzw. den durchgeführten Änderungen die oben näher angeführte Umweltprüfung bereits durchgeführt wurde, wird auf den Erläuterungsbericht zur Neuerstellung des Stadtentwicklungskonzeptes 1.00 bzw. der 1. und 2. Änderung verwiesen.

Für den Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 ist **keine** gesonderte Umweltprüfung mehr durchzuführen, da aus einer weiteren Prüfung keine zusätzlichen Erkenntnisse in Bezug auf die Umweltauswirkungen zu erwarten sind und der Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 dem Stadtentwicklungskonzept 1.00 idgF. nicht widersprechen darf.

## 2 Änderungen im FWP Nr. 1.00 gegenüber den wiederverlautbarten Flächenwidmungsplänen Nr. 4.00 idgF der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehem. Marktgemeinde Oberaich

### 2.1 Allgemeines

- Geltendes Steiermärkisches Raumordnungsgesetz:

Auf Basis der Bestimmungen des geltenden Steiermärkisches Raumordnungsgesetzes 2010 idgF erfolgt eine Anpassung des gesamten Planwerkes und Wortlautes an die geltende Rechtslage (Baugebiete, Maßnahmen zur Aktiven Bodenpolitik, etc.).

Im Rahmen der Novelle LGBl. Nr. 6/2020 des Steiermärkischen Raumordnungsgesetzes 2010 wurde die Rechtsgrundlage geschaffen, innerhalb von Bauland - Kerngebieten eine Wohnnutzung ausschließen zu können, wenn diese einen Widerspruch zur Eigenart des Kerngebietes darstellt. Aufgrund der Nahelage zu den überregionalen Verkehrsträgern (S6 Semmering Schnellstraße, Landesstraßen B116 - Leobener Straße und L121 Brucker Begleitstraße, ÖBB-Bahnstrecke) wird im Entwicklungsplan im städtebaulichen Quartier „Bruck Süd“ eine Wohnnutzung gemäß § 30 (1) Z.3 StROG 2010 idgF ausgeschlossen.

- Festlegung gemäß Planzeichenverordnung 2016, LGBl. Nr. 80/2016:

Sämtliche Darstellungen im gesamten Gemeindegebiet werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 an die geltende Planzeichenverordnung 2016 angepasst.

- Tierhaltungsbetriebe:

Die bestehenden Tierhaltungsbetriebe werden gemäß § 27 StROG 2010 idgF im Planwerk (FWP) als Punktsymbol (G<20) oder mit Geruchsschwelle und Belästigungsbereich (G>20) ersichtlich gemacht.

- Bebauungsfristen:

Für nicht bebaute zusammenhängende Grundflächen (Baulandflächen) ab 3.000 m<sup>2</sup> und demselben Grundeigentümer erfolgt die Festlegung einer Bebauungsfrist von 10 Jahren gemäß § 36 StROG 2010 idgF.

- Rückführung von vollwertigen Baugebieten in Aufschließungsgebiete (türkis umrandete Bereiche im Differenzplan):

Aufgrund nachweislich gegebener Hinderungsgründe werden bestehende, vollwertige Baugebiete in Aufschließungsgebiete rückgeführt. Die Hinderungsgründe sind jeweils eine fehlende rechtlich gesicherte Zufahrt, der Nachweis der Lärmfreistellung aufgrund der Lage innerhalb der im dafür vorgesehenen Deckplan „Beschränkungen“ ersichtlich gemachten Lärmisophonen, der Lage innerhalb von Altlastenverdachtsflächen, der Lage innerhalb von Gelben Wildbachgefahrenzonen, Braunen Hinweisbereichen der WLV oder innerhalb von Hochwasserabflussgebieten sowie der Nachweis der Oberflächen-/ Hangwasserentsorgung aufgrund der mangelnden Sickerfähigkeit des Untergrundes oder der Lage in Abflussgassen gem. Hangwasserkarte des Digitalen Atlas Steiermark.

Die betroffenen Gebiete werden im Differenzplan mit einer türkis gefärbten Umrandung dargestellt und in der Differenzliste zusätzlich beschrieben und erläutert.

- Änderung der Baugebieteskategorie (schräg strichlierte Darstellung im Differenzplan):  
Alle Baugebiete die auf Basis der Bestandssituation oder geänderter siedlungspolitischer Interessen geändert werden, werden im Differenzplan schräg strichliert (Farbe abhängig vom jeweiligen neuen Baugebiet) dargestellt und in der Differenzliste näher beschrieben und begründet.
- Vollwertiges Bauland (blau umrandete Bereiche mit Symbol „vw“ im Differenzplan)  
Zwischenzeitlich bebaute Baugebiete, welche in den wiederverlautbarten Flächenwidmungsplänen Nr. 4.00 idgF der Stadtgemeinde Bruck an der Mur bzw. der ehem. Marktgemeinde Oberaich als Aufschließungsgebiet festgelegt waren, werden bei nachweislich erfüllter Umsetzung der Aufschließungserfordernisse im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 als vollwertiges Bauland festgelegt und im Differenzplan mit einer blauen Umrandung mit dem Symbol „vw“ dargestellt und in der Differenzliste aufgrund der o.g. Begründung nicht zusätzlich erläutert.
- Anpassung der Verkehrsflächen (Symbol „V“ im Differenzplan):  
Im gesamten Gemeindegebiet wurden die bestehenden Verkehrsflächen eingehend geprüft und bei Erfordernis in den Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 aktualisiert eingearbeitet. Die neu festgelegten Verkehrsflächen (Nachführung des öffentlichen Gutes, bestehende Parkplätze/Garagen, im öffentlichen Interesse liegende Straßen und Wege,..) werden im Differenzplan mit einer gelben Farbe dargestellt. Rücknahmen von (privaten) Verkehrsflächen (bestehende Hauszufahrten,..) und Anpassung des umgebenden Baulandes (einheitliche Festlegungen auf den Einzelbauplätzen) werden in der jeweiligen Farbe der Baugebieteskategorie im Differenzplan dargestellt. Die Anpassungen der Verkehrsflächen werden mit der gegebenen Bestandssituation, der aktuellen DKM und dem öffentlichen Interesse begründet und in der Differenzliste aufgrund der o.g. Begründung nicht zusätzlich erläutert.
- Anpassung der Gewässer/Gerinne (dargestellt als hellblaue Fläche (Gewässer) oder hellblau strichlierte Linie (Gerinne) im Differenzplan):  
Im gesamten Gemeindegebiet wurden die bestehenden Gewässer und Gerinne (offen oder verrohrt) auf Basis der aktuellen DKM und neu digitalisierten Gewässerkarten (GIS-Datenlieferung) in den Flächenwidmungsplan eingearbeitet. Die damit neu ersichtlich gemachten Gewässer werden im Differenzplan als hellblaue Flächen und die Gerinne als hellblau strichlierte Linien gekennzeichnet und werden mit der gegebenen Bestandssituation oder aufgrund der zwischenzeitlichen Verlegung begründet (aktuelle DKM und digitalisierte Gewässerkarten).
- Kleinräumigkeit/Bestandsanpassungen (Symbol „K“ im Differenzplan):  
Kleinräumige Ergänzungen/Bestandsanpassungen werden aufgrund von aktuellen bzw. geänderten digitalen Plangrundlagen (DKM (Anpassungen an die Grundstücksgrenzen oder

Nutzungsgrenzen), digitale Geländemodelle, ...), von Planunschärfen (unterschiedliche Zeithorizonte der Erstellung) oder einer Richtigstellung der Festlegungen im Plan aufgrund der tatsächlich bestehenden Nutzung vor Ort begründet und im Differenzplan mit dem Symbol „K“ bezeichnet.

- Gefahrenzonenplan (Symbol „GZ“ im Differenzplan):

Aktuell liegt der Gefahrenzonenplan Bruck an der Mur 2020 der WLV für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Bruck an der Mur vor. Der aktuell geltende Gefahrenzonenplan 2020 der Wildbach- und Lawinenverbauung wird für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Bruck an der Mur im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 plangraphisch ersichtlich gemacht.

Aus diesem Grunde werden die Festlegungen im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 an den aktuellen Gefahrenzonenplan angepasst und nachfolgende Änderungen unter der Bezeichnung „GZ“ durchgeführt.

- Rücknahme von unbebauten Baugebieten und Sondernutzungen im Freiland innerhalb der Roten Gefahrenzonen bzw. Blauen Vorbehaltsbereichen und Festlegung als Freiland – land- und forstwirtschaftliche Nutzung (hellgrüne Farbdarstellung im Differenzplan).
- Festlegung von bebauten Baugebieten innerhalb der Gelben Gefahrenzonen und der Braunen Hinweisbereiche als Sanierungsgebiete Naturgefahren (NG).
- Festlegung von unbebauten Baugebieten > 3.000 m<sup>2</sup> innerhalb der Gelben Gefahrenzonen oder Braunen Hinweisbereichen als Aufschließungsgebiete mit dem Aufschließungserfordernis der Gefahrenfreistellung in Abstimmung mit der WLV (türkise Umrandung im Differenzplan).
- Anpassungen von bestehenden Baugebieten bei zurückgenommenen Gelben Gefahrenzonen, z.B. Utschbach (farbliche Darstellung je nach Baugebiet im Differenzplan).

Die Änderungen werden im Differenzplan mit dem Symbol „GZ“ dargestellt und mit dem aktuellen Gefahrenzonenplan 2020 der WLV begründet. In der Differenzliste werden diese Änderungen aufgrund der o.g. Begründung nicht zusätzlich erläutert.

Bestandsgebäude, welche sich geringfügig innerhalb einer Roten Gefahrenzone befinden, werden ebenso als Sanierungsgebiet Naturgefahren festgelegt, da gebäudebezogene Schutzmaßnahmen möglich sind. Bei allen Planungen innerhalb der Roten Gefahrenzonen ist die WLV verpflichtend beizuziehen und ist eine Ausnahmegewilligung durch die WLV erforderlich.

- Hochwassergefährdungsbereiche (Symbol „HW“ im Differenzplan):

Im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 der Stadtgemeinde Bruck an der Mur werden die aktuellen HQ<sub>30</sub> und HQ<sub>100</sub>-Anschlaglinien der Abflussuntersuchungen entlang der Mur, der Mürz und der Laming ersichtlich gemacht.

Durch die Bundeswasserbauverwaltung wurde zwischenzeitlich eine neue Hochwasserabflussuntersuchung inkl. Gefahrenzonenausweisung ABU VI 2017 GZP Mur Friesach-Niklasdorf durchgeführt. Die Hochwasserabflussbereiche HQ<sub>30</sub> und HQ<sub>100</sub> der geltende Hochwasserabflussuntersuchung der Mur werden im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 plangrafisch ersichtlich gemacht. Die Gefahrenzonen dieser Abflussuntersuchung werden im Deckplan Beschränkungen ersichtlich gemacht und sind in den nachfolgenden Individualverfahren entsprechend zu berücksichtigen.

Aus diesem Grunde werden nachfolgende Änderungen im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 unter der Bezeichnung „HW“ durchgeführt:

- Festlegung von bebauten Baugebieten innerhalb der Hochwasserabflussbereiche als Sanierungsgebiet Naturgefahren (NG).
- Festlegung von unbebauten Baugebieten innerhalb der Hochwasserabflussbereiche als Aufschließungsgebiete mit dem Aufschließungserfordernis der Hochwasserfreistellung in Abstimmung mit der Bundeswasserbauverwaltung (türkise Umrandung im Differenzplan).

- Wald (Symbol „W“ im Differenzplan):

Auf Basis der aktuellen digitalen Katastralmappe (DKM, Zuordnung der Nutzung Wald) und Bekanntgabe der BH Bruck-Mürzzuschlag, Forstfachreferat, Sachbearbeiter: DI Gregor Heinzinger vom 04.06.2019 werden die aktuellen Waldflächen für das gesamte Gemeindegebiet der Stadtgemeinde Bruck an der Mur im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 ersichtlich gemacht.

Aus diesem Grunde werden die Festlegungen im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 an den aktuellen Waldplan angepasst und die nachfolgenden Änderungen mit dem Symbol „W“ dargestellt:

- Festlegung von bestehenden Bauland, welches nunmehr als Wald ersichtlich gemacht wird, zukünftig als Freiland – Ersichtlichmachung Wald mit zeitlich aufeinander folgender Nutzung als Bauland. Als Eintrittsbedingung wird der Nachweis einer Rodungsbewilligung bzw. einer Nichtwaldfeststellung festgelegt.
- Anpassung der Abgrenzung von bestehenden Baugebieten im Randbereich zu geänderten Waldflächen (Rücknahmen ins Freiland werden in hellgrüner Farbe (LF) und Anpassungen/Erweiterungen des Baulandes in der Farbe der jeweiligen Baugebietskategorie im Differenzplan dargestellt).

- Sondernutzungen im Freiland (Symbol „SF“ im Differenzplan):

Im gesamten Gemeindegebiet wurden die bestehenden Sondernutzungen im Freiland geprüft und im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 eingearbeitet. Die in den wiederverlautbarten Flächenwidmungsplänen ausgewiesenen Sondernutzungen im Freiland hatten bisher teilweise mehrere Zuordnungen (z.B. Spiel- und Sportzwecke). Nunmehr werden alle ausgewiesenen Sondernutzungen entsprechend ihrer Abgrenzung geprüft und hinsichtlich der bestehenden bzw. angestrebten Nutzung konkret zugeordnet. Die Änderungen werden im Differenzplan mit dem Symbol „SF“ bezeichnet. Änderungen der Kategorien der

Sondernutzungen werden im Differenzplan grün umrahmt und Erweiterungen/Neufestlegungen in grüner Farbe dargestellt. Diese werden mit der gegebenen bzw. angestrebten Bestandssituation und dem gegebenen öffentlichen Interesse gemäß STEK 1.00 näher begründet.

## 2.2 Baulandflächenbilanz

Die im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 ausgewiesenen unbebauten Wohnbaulandreserven inklusive der festgelegten zeitlich aufeinander folgenden Nutzungen im Gesamtflächenausmaß von **40,35 ha** liegen unter dem für den 10-jährigen Berechnungszeitraum rechnerisch ermittelten Bedarf von **45,72 ha** (sh. Flächenbilanz im Anhang).

Die Neuberechnung der Baulandmobilitätsfaktoren (gem. neuem Formblatt der Abteilung 13) ergibt einen Faktor von **0,88** und stellt somit eine Verringerung gegenüber dem Faktor der wiederverlautbarten Flächenwidmungspläne Nr. 4.00 idgF. der Stadtgemeinde Bruck an der Mur der ehem. Marktgemeinde Oberaich dar. Anhand des im STEK 1.00 festgelegten Bevölkerungszielwertes und den aktuell vorliegenden Bevölkerungsprognosen für die Stadtgemeinde Bruck an der Mur wird für das Jahr 2032 ein Einwohnerzielwert von rund 16.000 Bewohnern angenommen und gilt es, ausreichend Wohnbauland dafür bereit zu stellen. Der Anteil des mobilisierten Baulandes wird insgesamt um 53 % erhöht. Insgesamt wird das gesamte Bauland um rund 4,09 ha reduziert.

## 2.3 Änderungen im Detail

Nachfolgend werden, aufbauend auf das Stadtentwicklungskonzept 1.00, die durchgeführte Bestandsanalyse, aufgrund geänderter Planungsvoraussetzungen und/oder siedlungspolitischer Interessen der Stadtgemeinde Bruck an der Mur die im Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 gegenüber den wiederverlautbarten Flächenwidmungsplänen Nr. 4.00 idgF. der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und der ehem. Marktgemeinde Oberaich vorgenommenen Änderungen/ Anpassungen näher beschrieben und begründet. Die jeweils lfd. Nummer stellt einen direkten Bezug zur Katastralgemeinde und der plangrafischen Darstellung im Differenzplan her. Im Differenzplan wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit versucht, zusammengehörige Änderungsbereiche mit nur einer lfd. Nummer zu versehen.

### KG 60003 Berndorf:

#### Be1 LKH Hochsteiermark:

- Rücknahme des bestehenden Baulandes im Bereich der 110 kv-Hochspannungsfreileitungen sowie im Bereich der bewaldeten bzw. steilen Böschungsbereiche zur L111 Tragößer Straße im Norden bzw. B116 Leobener Straße im Osten.

#### Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Waldbestand gem. Forstgesetz 1975 (Forstzwang)
- Siedlungspolitisches Interesse zur Rücknahme aufgrund der fehlenden Baulandeignung (unbebaubare, steile Böschungsbereiche)



Be2 Brückengasse/Hochfeldgasse:

- Anpassung der Bebauungsdichte zur Schaffung einer einheitlichen, gebietsweise festgelegten Bebauungsdichte.

Begründung:

- Steiermärkische Raumordnungsgesetz 2010 (gebietsweise Festlegung der Bebauungsdichte)

**KG 60004 Bruck an der Mur:**B1 Einödfeld:

- Rücknahme des bisher bestehenden Baulandes – Gewerbegebiet und der Sondernutzung im Freiland – Abwasserreinigungsanlage (ara) entsprechend der negativen Stellungnahme der WLV vom 23.05.2019 bzw. dem neuen Gefahrenzonenplan 2020 der WLV.

Begründung:

- Geltender Gefahrenzonenplan 2020 der WLV
- Fehlende Baulandeignung gem. negativer Stellungnahme der WLV

B2 Bienensteinstraße:

- Erweiterung des bestehenden Kerngebietes für den Standort des ehemaligen Handelsbetriebes entsprechend den Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00 und der Legaldefinition eines Gewerbegebietes gem. StROG 2010 (Unzulässigkeit von Handelsbetrieben im Gewerbegebiet).

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Steiermärkische Raumordnungsgesetz 2010 (Änderung der Legaldefinition von Gewerbegebieten)
- Siedlungspolitisches Interesse zur Bestandssicherung von bestehenden Betriebsstandorten

B3 Weitental:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes – Erholungsgebiet nördlich des JUFA Natur-Hotels Weitental entsprechend den Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse zur Bestandssicherung und bedarfsorientierten Erweiterung des JUFA Natur-Hotels Weitental

B4 Bruck-Süd:

- Rücknahme der bisher festgelegten, großflächigen zeitlich aufeinander folgenden Nutzung „Ersichtlichmachung Landes-/Bundesstraße mit Bauland - Aufschließungsgebiet für Kerngebiet“ nach zwischenzeitlicher Umsetzung des Straßenprojektes (Rückbaues der Hochstraße) entsprechend den Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00.
- Kleinflächige Rücknahme innerhalb der Roten Wildbachgefahrenzone der WLV
- Räumliche Überlagerung einer Verkehrsfläche (EG) mit Bauland – Aufschließungsgebiet für Kerngebiet (in den OG) zur Freihaltung der Zugänglichkeit des verrohrten Weintentalbaches (Blauer Vorbehaltsbereich der WLV)
- Ausschluss einer Wohnnutzung innerhalb des Kerngebietes

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Umgesetztes Straßenprojekt (Rückbaues der ehem. Hochstraße der B116)
- Eigentumsverhältnisse bzw. bestehender Verkehrsknotenpunkt
- Fehlende Baulandeignung innerhalb der Roten Gefahrenzone
- Steiermärkische Raumordnungsgesetz 2010 (Ausschluss Wohnnutzung)
- Gefahrenzonenplan 2020 der WLV

B5 Schlossbergsteig:

- Anpassung des bestehenden Baulandes entsprechend der Bestandssituation und Rücknahme des sehr steilen, unbebaubaren Hangbereiches (Schlossberg).

Begründung:

- Siedlungspolitisches Interesse zur Rücknahme aufgrund der fehlenden Baulandeignung (unbebaubarer, steiler Hangbereich)

B6 Petzoldgasse:

- Anpassung des Baulandes im Bereich der bestehenden Turnhalle der AHS Bruck an der Mur und Anpassung der Sondernutzung im Freiland - Sport im Bereich des bestehenden Sportplatzes entsprechend den Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Bestandsanpassung

B7 Oberdorfer Straße/Dr.-Karl-Renner-Straße:

- Anpassung und einheitliche Festlegung der Baugebietskategorie (Allgemeines Wohngebiet) sowie der Bebauungsdichten entlang der Oberdorfer Straße und der Dr.-Karl-Renner-Straße entsprechend der Bestandssituation (Nutzungsdurchmischung Wohnen und Handel/Dienstleistung (u.a. Lebensmittelhandel, Apotheke, Altenheim)) und der Nahelage zu den Gemeindestraßen (Straßenverkehrslärm).

Begründung:

- Einheitliche, gebietsweise Baugebietsfestlegung entlang der Oberdorfer Straße und der Dr.-Karl-Renner-Straße
- Straßenverkehrslärm
- Bestandssituation (Nutzungsdurchmischung)

B8 Brucknergasse:

- Anpassung und einheitliche Festlegung der Baugebietskategorie (Allgemeines Wohngebiet) aufgrund der Nahelage zu den bestehenden Verkehrsträgern (Brucknergasse, B 116 und ÖBB-Bahnstrecke).

Begründung:

- Einheitliche, gebietsweise Festlegung entlang der Brucknergasse
- Verkehrslärm

B9 St. Ruprecht:

- Bestimmungsgemäße Ausweisung des bestehenden Sportplatzes als Sondernutzung im Freiland und des bestehenden Parkplatzes als Verkehrsfläche.
- Rücknahme der bisherigen Sondernutzung im Freiland – Sport nach Aufgabe der bisherigen Nutzung.

Begründung:

- Bestandsanpassung im Bereich des bestehenden Sportplatzes bzw. Parkplatzes
- Rücknahme aufgrund der Aufgabe der bisherigen Nutzung

B10 St. Ruprecht/Murinsel:

- Ersichtlichmachung der projektierten Westbrücke entsprechend den Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Flächensicherung der projektierten, im öffentlichen Interesse stehenden Westbrücke (Verkehrsentlastung des Stadtzentrums)

B11 St. Ruprecht/Leobener Straße:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Gewerbegebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der Lage innerhalb des ersichtlich gemachten Hochwasserabflussbereiches der Mur und der fehlenden Zufahrt.

Begründung:

- Fehlende vollwertige Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010
- Aktuelle Hochwasserabflussuntersuchung der Mur

B12 St. Ruprecht/Liechtensteinstraße:

- Erweiterung des Baulandes des bestehenden Schulstandortes und Kindergartens Liechtensteinstraße gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse zur rechtlichen Absicherung und Schaffung einer möglichen Erweiterungsmöglichkeit des bestehenden Bildungsstandortes

B13 Bahnweg:

- Geringfügige Anpassung der Abgrenzung des bestehenden, zwischenzeitlich bebauten Baulandes und Festlegung der Zufahrt sowie des Abstellplatzes bestimmungsgemäß als Verkehrsfläche

Begründung:

- Siedlungspolitisches Interesse zur Anpassung der konkreten Festlegungen entsprechend der aktuellen Digitalen Katastralmappe und aufgrund eines konkreten Umsetzungsinteresses (Garage).

B14 Volksschule Knottinger:

- Geringfügige Erweiterung des bestehenden Baulandes des Schulstandortes der Volksschule Knottinger gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 und aufgrund eines konkret geplanten Zubaus.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse zur rechtlichen Absicherung und Schaffung einer möglichen Erweiterungsmöglichkeit des bestehenden Schulstandortes

B15 St. Ruprecht/Leobener Straße:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Kerngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der Lage innerhalb der ersichtlich gemachten Altablagerung sowie des Hochwasserabflussbereiches der Mur.

Begründung:

- Fehlende vollwertige Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010
- Aktuelle Hochwasserabflussuntersuchung der Mur
- Aktuelle Bekanntgabe der Verdachtsflächen durch die Abteilung 17

**KG 60012 Forstwald****F1 Forstweg:**

- Geringfügige Erweiterung des bestehenden Baulandes des bereits bebauten Grundstückes entsprechend den bestehenden naturräumlichen Gegebenheiten in Übereinstimmung mit dem gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.02.

**Begründung:**

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.02

**F2 Forstwaldstraße:**

- Rücknahme des bisher bestehenden Baulandes gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 und aufgrund eines abgegebenen Wunsches des Grundstückseigentümers zur Rücknahme des bestehenden Baulandpotenziales mangels Bedarf.

**Begründung:**

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse zur Sicherstellung landwirtschaftlich genutzter Flächen in dezentralen Siedlungsbereichen

**KG 60031 Oberaich****O1 Utschgraben:**

- Rücknahme der bisher ausgewiesenen Sondernutzung im Freiland – Stocksportanlage (ssp) aufgrund der Lage innerhalb der Roten Wildbachgefahrenzone der WLV. Die bisher ausgewiesene Lage der Sondernutzung entsprach nicht der tatsächlichen Lage der Stocksportanlage.

**Begründung:**

- Gefahrenzonenplan 2020 der WLV
- Programmes zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBl. Nr. 117/2005

**O2 Sonnkogel:**

- Rücknahme des bisher bestehenden Baulandes innerhalb des steilen, schwer bebaubaren Böschungsbereiches gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.
- Geringfügige Erweiterung des bestehenden Baulandes – Reines Wohngebiet in westliche Richtung aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.02.
- Festlegung einer Verkehrsfläche mit einer Breite von 6,0 m (vorgesehene Grundabtretung an das öffentliche Gut) zur Verbesserung der Erschließung des Siedlungsbestandes am Sonnkogel (Entschärfung der Engstellen)

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.02
- Öffentliches Interesse zur Verbesserung der Zufahrtssituation am Sonnkogel.
- Siedlungspolitisches Interesse zur Rücknahme aufgrund der fehlenden Bauland-eignung (unbebaubarer, steiler Böschungsbereich und Beibehaltung der land-schaftsgliedernden Gehölzstreifen)
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches zur Verwertung des infrastrukturell bereits voll erschlossenen Baulandpotenziales

O3 Oberaich:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes – Dorfgebiet als Aufschließungsgebiet in westliche Richtung aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 und unter Berücksichtigung der Vorgaben der positiven Stellungnahme der WLV vom 23.05.2019.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00
- Positive Stellungnahme der WLV vom 23.05.2019

O4 Oberaich:

- Ausweisung einer Örtlichen Eignungszone für Energieversorgung (Photovoltaik) mit zeitlich nachfolgender Nutzung als Freiland (LF) zur Schaffung der Rechtsgrundlage zur Umsetzung des konkret vorliegenden Projektes zur Umsetzung einer PV-Freiflächenanlage.
- Da der geplante Standort den Vorgaben des Sachbereichskonzeptes für Solar-Freiflächenanlagen > 3.000 m<sup>2</sup> entspricht, eine Netzzusage vorliegt und keine erheblichen Umweltauswirkungen gegeben sind, entspricht die geplante alternative Energieerzeugungsanlage im öffentlichen, wirtschafts- und umweltpolitischen Zielsetzungen der Stadtgemeinde Bruck an der Mur.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.02
- Sachbereichskonzept für Solar-Freiflächenanlagen > 3.000 m<sup>2</sup>
- Klima- und Energieziele des Bundes, des Landes und der Stadtgemeinde
- Konkret vorliegendes Projekt und vorliegende Netzzusage
- Zielsetzungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00 und der Stadtvision Bruck an der Mur 2030

O5 Oberaich:

- Lückenschluss des bestehenden Baulandes – Allgemeines Wohngebiet als Aufschließungsgebiet aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend den Fest-

legungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 unter Berücksichtigung der Vorgaben der positiven Stellungnahme der WLV vom 23.05.2019.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00
- Positive Stellungnahme der WLV vom 23.05.2019

O6 Sport- und Freizeitanlage Oberaich:

- Rücknahme der bisher festgelegten zeitlich aufeinander folgenden Nutzung im Bereich der bestehenden Sport- und Freizeitanlage Oberaich aufgrund der Rücknahme der ursprünglich ersichtlich gemachten Altlastenverdachtsfläche.
- Festlegung des bestehenden Parkplatzes der Sport- und Freizeitanlage Oberaich bestimmungsgemäß als Verkehrsfläche.
- Erweiterung der bestehenden Sondernutzung in südöstliche Richtung entsprechend der Bestandssituation.

Begründung:

- Rücknahme der ursprünglich ersichtlich gemachten Altlastenverdachtsfläche durch die Abteilung 17
- Siedlungspolitisches Interesse zur Bestandssicherung bzw. Bestandsanpassung im Bereich der Sport- und Freizeitanlage Oberaich

O7 Raschbachstraße:

- Rücknahme des bisher bestehenden Baulandes innerhalb der steilen, schwer bebaubaren Böschungsbereiche gem. Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse zur Rücknahme aufgrund der fehlenden Bauland-eignung (unbebaubare, steile Böschungsbereich)

O8 Alt-Mitteraich:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes – Dorfgebiet als Aufschließungsgebiet in nördliche Richtung um 1 Bauplatz aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

O9 Mitteraich:

- Ausweisung der abfallrechtlich genehmigten Bodenaushubdeponie „Oberaich“ als Sondernutzung im Freiland – Bodenaushubdeponie (bhd) gemäß Planzeichenverordnung 2016. Gemäß Genehmigungsbescheid vom 23.10.2015 (GZ: ABT13-38.25-12/2008-75) sind 5 LKW Zufahrten bzw. 10 Fahrbewegungen genehmigt und erfolgt diese Zufahrt über das Gemeindestraßennetz.

Begründung:

- Genehmigte Bodenaushubdeponie, Bescheid des Bezirkshauptmannes von Bruck an der Mur vom 30.01.2004 und Konsensverlängerung der Abteilung 13, Abfallrecht vom 23.10.2015
- Planzeichenverordnung 2016

O10 Gasdruckmessregelanlage Mitteraich:

- Rücknahme der bisher ausgewiesenen Sondernutzung im Freiland und Ersichtlichmachung der Gasdruckmessregelanlage Mitteraich gemäß Planzeichenverordnung 2016.

Begründung:

- Planzeichenverordnung 2016

O11 Gewerbezone Bruck West:

- Rücknahme der bisher festgelegten zeitlich aufeinander folgenden Nutzung aufgrund der zwischenzeitlich errichteten Erschließungsstraße sowie Räumung der Deponie und zukünftige Festlegung der noch unbebauten Flächen als Aufschließungsgebiet für Gewerbegebiet.
- Änderung der Baugebietskategorie von bisher Gewerbegebiet in Kerngebiet entsprechend den Vorgaben des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00 und der Bestandssituation.
- Festlegung der zwischenzeitlich errichteten Zufahrt als Verkehrsfläche und Ausweisung der verbleibenden, unbebaubaren Restfläche zur Bahnstrecke als Freiland (LF).

Begründung:

- Zwischenzeitlich errichtete Erschließungsstraße und Räumung der ehem. Deponie (Erfüllung der Eintrittsbedingung der bisher festgelegten zeitlich aufeinander folgenden Nutzung)
- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Bestandssituation



**KG 60032 Oberdorf-Landskron:****OI1 Ziegelofenweg:**

- Festlegung eines Baulandes – Allgemeines Wohngebiet bzw. Aufschließungsgebiet für Allgemeines Wohngebiet anstelle der bisher ausgewiesenen Sondernutzung im Freiland – Erwerbsgärtnerei aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

**Begründung:**

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

**OI2 Paulahofsiedlung:**

- Rücknahme der bisher festgelegten Sondernutzung im Freiland – Sport mit zeitlich aufeinanderfolgender Nutzung als Bauland – Aufschließungsgebiet für Reines Wohngebiet aufgrund der erfüllten Eintrittsbedingung und der bereits erfolgten baulichen Konsumation.
- Rücknahme der steilen, unbebaubaren Böschungsbereiche südlich der Landskronstraße.
- Rücknahme der als Wald ausgewiesenen Böschungsbereiche nördlich des Sportplatzes und südlich der Landskronstraße.

**Begründung:**

- Nachweisliche Erfüllung der Eintrittsbedingung der ursprünglich festgelegten zeitlich aufeinander folgenden Nutzung und erfolgte bauliche Konsumation
- Fehlende Baulandeignung aufgrund der steilen, unbebaubaren bzw. bewaldeten Böschungsbereiche
- Waldbestand gem. Forstgesetz 1975 (Forstzwang)

**OI3 Wirtschaftshof Murinsel:**

- Anpassung des Baulandes im Bereich des Wirtschaftshof der Stadtgemeinde Bruck an der Mur und Anpassung der Sondernutzung im Freiland - Sport bzw. Badeanlage entsprechend den Festlegungen des STEK Nr. 1.00.

**Begründung:**

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Bestandsanpassung

**OI4 Oberdorf:**

- Festlegung des bisher festgelegten vollwertigen Baulandes – Allgemeines Wohngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet für Dorfgebiet aufgrund der Lage im Nahbereich zum Tierhaltungsbetrieb und zur Hochspannungsfreileitung, der fehlenden inneren Erschließung und der Fließpfade gemäß Digitaler Atlas Steiermark

Begründung:

- Fehlende vollwertige Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010
- südöstlich angrenzender Tierhaltungsbetrieb G<20

O15 Sankt Dionysenstraße:

- Festlegung einer Verkehrsfläche aufgrund eines konkret vorliegenden Bauwunsches zur Errichtung einer Doppelgarage entsprechend den Festlegungen des Stadtentwicklungskonzeptes Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches zur Errichtung einer Doppelgarage im Bereich der bestehenden PKW-Abstellplätze

KG 60040 Picheldorf:P1 Sankt Dionysenstraße:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Allgemeines Wohngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der Lage innerhalb des Braunen Hinweisbereiches
  - Rutschung der WLV.

Begründung:

- Gefahrenzonenplan 2020
- Fehlende vollwertige Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010

P2 Picheldorf/nördlich Sankt Dionysenstraße:

- Kleinflächige Erweiterung des bestehenden Baulandes - Allgemeines Wohngebiet aufgrund eines konkret vorliegenden Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

P3 Picheldorf/nördlich Sankt Dionysenstraße:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes als Aufschließungsgebiet für Allgemeines Wohngebiet aufgrund konkret vorliegender Bauwünsche entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

P4 Picheldorf/nördlich Sankt Dionysenstraße:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes als Aufschließungsgebiet für Allgemeines Wohngebiet aufgrund konkret vorliegender Bauwünsche entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

P5 Picheldorf:

- Erweiterung des bestehenden Baulandes als Aufschließungsgebiet für Dorfgebiet aufgrund eines konkret vorliegenden Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

P6 Picheldorf:

- Ausweisung einer Sondernutzung im Freiland – Hundeausbildungsplatz (hap) aufgrund eines konkret vorliegenden Umsetzungsinteresses zur Errichtung eines Hundeausbildungszentrums für eine professionelle Ausbildung von Rettungs- und Suchhunden
- Festlegung einer Verkehrsfläche für den ruhenden Verkehr um öffentlich zugängliche Stellplätze zu ermöglichen

Begründung:

- Öffentliche/Siedlungspolitisches Interesse zur Schaffung eines Standortes für die Ausbildung von Rettungs- und Suchhunden
- Positive Schalltechnische Stellungnahme vom 14.07.2021

**KG 60041 Pischk:**P1 Pischkberg:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Allgemeines Wohngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der fehlenden, rechtlich gesicherten äußeren Anbindung.

Begründung:

- Fehlende vollwertigen Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010

**KG 60042 Pischkberg:****Pb1 Pischkberg:**

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Reines Wohngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der fehlenden, rechtlich gesicherten äußeren Anbindung.

**Begründung:**

- Fehlende vollwertigen Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010

**KG 60063 Streitgarn:****S1 Sternenweg:**

- Kleinflächige Erweiterung des bestehenden Baulandes – Allgemeines Wohngebiet als Aufschließungsgebiet aufgrund der Lage innerhalb der Gelben Gefahrenzone der WLV, zum Nachweis einer ausreichend dimensionierten und gefahrenfreien Zufahrt und zur Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen.
- Freihaltung eines 20m-Uferstreifens zur Mur bzw. eines 10m Uferstreifen zum Utschmoarbaches

**Begründung:**

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00
- Stellungnahme der WLV vom 03.03.2020 und AV vom 05.11.2020
- Stellungnahme der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost, Verkehr vom 17.11.2021
- Programmes zur hochwassersicheren Entwicklung der Siedlungsräume, LGBl. Nr. 117/2005 bzw. REPRO Obersteiermark Ost

**S2 Seniorenzentrum Utschtal:**

- Festlegung der bisher ausgewiesenen Sondernutzung im Freiland – Müllsammelstelle zukünftig als Bauland – Allgemeines Wohngebiet, um eine einheitliche Widmung für das gesamte Seniorenzentrum festzulegen.

**Begründung:**

- Siedlungspolitisches Interesse zur einheitlichen Baulandfestlegung im Bereich des bestehenden Seniorenzentrums
- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00

**S3 Utschtal:**

- Erweiterung des bestehenden Baulandes – Allgemeines Wohngebiet in südwestliche Richtung als Aufschließungsgebiet aufgrund eines konkret vorliegenden Bauwunsches entsprechend den Festlegungen im Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00 und unter Berücksichtigung/Freihaltung des 10 m Uferstreifens entlang des Utschbaches.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund eines konkreten Bauwunsches entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00

S4 Streitgarnstraße:

- Rücknahme eines bisher vollwertigen Baulandes innerhalb des steilen, schwer bebaubaren Böschungsbereiches und Erweiterung im südwestlichen für eine Bebauung geeigneten Bereichs entsprechend den Festlegungen des Entwicklungsplanes zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.00
- Siedlungspolitisches Interesse aufgrund von konkret vorliegenden Bauwünschen entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.00
- Fehlende Baulandeignung aufgrund der steilen, schwer bebaubaren Böschungsbereiche
- Immissionsklimatologische Beurteilung für eine Umwidmung in St. Ulrich im Utschtal, verfasst von Univ. Prof. Dr. Reinhold Lazar vom 31.10.2012

S5 Rebenweg:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes zukünftig als zeitlich aufeinander folgende Nutzung aufgrund des ersichtlich gemachten Waldbestandes. Als Eintrittsbedingung für die zeitlich aufeinander folgenden Nutzung wird eine Rodungsbewilligung festgelegt.

Begründung:

- Aktuelle Digitale Katastralmappe (DKM) bzw. Bestandssituation (Wald)

**KG 60070 Übelstein:****Ü1 Übelstein:**

- Rücknahme des bisher vollwertigen unbebauten Baulandes – Allgemeines Wohngebiet und Ausweisung als Freiland (LF) aufgrund der negativen Stellungnahme der WLW vom 23.05.2019 (fehlende gefahrenfreie Zufahrt) und der unmittelbaren Nahe-lage zur ÖBB Südstrecke Bruck an der Mur – Graz

Begründung:

- Fehlende Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010
- Negative Stellungnahme der WLW vom 23.05.2019

Ü2 Übelsteiner Straße:

- Rücknahme des bisher vollwertigen unbebauten Baulandes – Allgemeines Wohngebiet und Ausweisung als Freiland (LF) aufgrund der Lage innerhalb der Roten Gefahrenzone gemäß aktueller Hochwasserabflussuntersuchung der Mur und der unmittelbaren Nahelage zur ÖBB Südstrecke Bruck an der Mur – Graz

Begründung:

- Fehlende Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010
- Rote Gefahrenzone gemäß Abflussuntersuchung ABU VI 2017 GZP Mur Friesach-Niklasdorf

Ü3 Gallerbergweg:

- Ausweisung einer Sondernutzung im Freiland für Waldfriedhof (wfrh) zur Schaffung der Rechtsgrundlage zur Umsetzung des geplanten Naturfriedhofes Glanzgraben entsprechend dem Entwicklungsplan zum Stadtentwicklungskonzept Nr. 1.02.

Begründung:

- Stadtentwicklungskonzept/Entwicklungsplan Nr. 1.02
- Vorliegendes Konzept zur Errichtung eines Naturfriedhofes
- Öffentliches Interesse zur Bereitstellung von alternativen Bestattungsmöglichkeiten aufgrund der Nachfragesituation

Ü4 Im Glanzgraben:

- Festlegung des bisher vollwertigen Baulandes – Reines Wohngebiet zukünftig als Aufschließungsgebiet aufgrund der Lage innerhalb der Gelben Gefahrenzone der WLK.

Begründung:

- Gefahrenzonenplan 2020
- Fehlende vollwertige Baulandeigenschaften gem. § 29 (3) StROG 2010

**KG 60072 Wienvorstadt:****W1 voestalpine Wire Austria GmbH:**

- Anpassung und einheitliche Festlegung der Baugebietskategorie im Bereich des großflächigen Betriebsstandortes der voestalpine Wire Austria GmbH und Rücknahme von bisher festgelegten Verkehrsflächen innerhalb des Betriebsstandortes

Begründung:

- Siedlungspolitisches Interesse zur Standortsicherung und einheitlichen Baugebietsfestlegung des großflächigen Betriebsstandortes der voestalpine Wire Austria GmbH

### **3 Anhang**

- 3.1 Baulandflächenbilanz
- 3.2 Stellungnahme der WLW vom 23.05.2019
- 3.3 Verkehrsplanerischen Grundsätze der Abteilung 16
- 3.4 Bekanntgabe von Altlastenverdachtsflächen vom 23.01.2019
- 3.5 Bekanntgabe des Bundesdenkmalamtes vom 16.10.2017
- 3.6 Berechnungen der Tierhaltungsbetriebe
- 3.7 Immissionsklimatologische Beurteilung, verfasst von Univ. Prof. Dr. Reinhold Lazar vom 31.10.2012

### **3.1 Baulandflächenbilanz**



## WOHNBAULANDBEDARF und FLÄCHENBILANZ

Stadtgemeinde: Bruck an der Mur      Planer: Pumpernig & Partner ZT GmbH  
Bezirk: Bruck-Mürzzuschlag      GZ: 174FR18  
Flächenwidmungsplan Nr. 1.00      Datum: 10.2.2022

### 1. WOHNBAULANDBEDARF

für den Planungszeitraum: 2022 bis 2032  
10 (12) bzw. 15 Jahre gem. § 25(3) StROG 2010 idgF.

#### 1.1 Neubaubedarf

durch Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung

	1981	1991	2001	2011	Planungs- jahr 2022 <sup>1)</sup>	Prognose für 10 Jahre FWP    15 Jahre <sup>2)</sup> STEK	
						2032	2037
Bevölkerungszahl	17408	17033	16381	15772	<b>15770</b>	<b>16.000</b>	16.100
Haushaltsgröße	2,4	2,2	2,2	1,8	<b>1,70</b>	<b>1,65</b>	1,65
Haushaltszahl <sup>1)</sup>	7149	7610	7479	8960	<b>9289</b>	<b>9697</b>	9758

Neubaubedarf<sup>3)</sup> für 10 Jahre

408 WE

#### 1.2 Ersatzbedarf<sup>4)</sup>

bei problematischen Standorten etc.

0 WE

#### 1.3 Wohnbaulandbedarf

Summe 1.1 Neubaubedarf + 1.2 Ersatzbedarf

**408 WE**

	Anzahl	Bauplatzgröße	Wohnbaulandbedarf	
Ein- und 2-Familienhäuser**)	60	800 m <sup>2</sup>	4,80	ha
Mehrfamilienhäuser**)	348	300 m <sup>2</sup>	10,44	ha

\*\*) Verhältnis gemäß Wohnbautätigkeit/Wohnbauoffensive gem. STEK Nr. 1.00 (Wortlaut und Erl.bericht)

Summe	15,24	ha
x Faktor 3 <sup>5)</sup>	<b>45,72</b>	<b>ha</b>

### 2. WOHNBAULANDRESERVE

(WR, WA, DO, KG inkl. zeitlich aufeinander folgende Nutzungen ohne KG (B1))

ermittelt aus 1. Flächenbilanz (siehe nächste Seite)

**40,35 ha**

<sup>1)</sup> Stand: 2017

<sup>2)</sup> Quelle: STEK Nr. 1.00/Statistik Austria

<sup>3)</sup> rechnerisch ermittelt aus Bevölkerungszahl und Haushaltsgröße

<sup>4)</sup> Ersatzbedarf ist in den Erläuterungen zu begründen

<sup>5)</sup> Reserve für Nicht-Wohnnutzungen und nicht mobilisierbares Bauland

### 3. FLÄCHENBILANZ

Baugebiete in ha	Flächenwidmungsplan Nr. 4.00 idgF - Alt					Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 - Neu					Veränderung							
	gesamt	bebaut	unbebaut	mobilisiert		gesamt	bebaut	unbebaut	mobilisiert		gesamt		bebaut		unbebaut		mobilisiert	
				abs.	rel.				abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.	abs.	rel.
<b>WR / [WR]</b>	122,33	107,57	14,76	2,41	16%	115,86	102,72	13,14	6,44	49%	-6,47	-5,3%	-4,85	-4,5%	-1,62	-11,0%	4,03	31%
<b>WA / [WA]</b>	173,26	149,85	23,41	0,83	4%	175,84	153,45	22,39	8,44	38%	2,58	1,5%	3,60	2,4%	-1,02	-4,4%	7,61	34%
<b>KG / [KG]</b>	65,94	60,65	5,29	0,00	0%	67,48	62,96	4,52	3,76	83%	1,54	2,3%	2,31	3,8%	-0,77	-14,6%	3,76	83%
<b>DO</b>	14,14	12,49	1,65	0,00	0%	15,16	13,40	1,76	0,39	22%	1,02	7,2%	0,91	7,3%	0,11	6,7%	0,39	22%
<b>GG</b>	54,02	39,40	14,62	0,00	0%	50,96	40,76	10,20	8,26	81%	-3,06	-5,7%	1,36	3,5%	-4,42	-30,2%	8,26	81%
<b>I/1 / [I/1]</b>	42,68	35,70	6,98	0,00	0%	42,89	35,93	6,96	6,88	99%	0,21	0,5%	0,23	0,6%	-0,02	-0,3%	6,88	99%
<b>E2</b>	0,43	0,00	0,43	0,00	0%	0,31	0,00	0,31	0,31	100%	-0,12	-27,9%	0,00	0,0%	-0,12	-27,9%	0,31	100%
<b>EH</b>	0,72	0,72	0,00	0,00	0%	0,93	0,93	0,00	0,00	0%	0,21	29,2%	0,21	29,2%	0,00		0,00	0%
<b>Wohnbauland</b>	375,67	330,56	45,11	3,24	7%	374,34	332,53	<b>41,81</b>	19,03	46%	-1,33	-0,35%	1,97	0,6%	-3,30	-7,3%	15,79	38%
<b>I+G</b>	96,70	75,10	21,60	0,00	0%	93,85	76,69	<b>17,16</b>	15,14	88%	-2,85	-2,9%	1,59	2,1%	-4,44	-20,6%	15,14	88%
<b>Gesamt</b>	473,52	406,38	67,14	3,24	5%	469,43	410,15	59,28	34,48	58%	-4,09	-0,9%	3,77	0,9%	-7,86	-11,7%	31,24	53%

### **3.2     Stellungnahme der WLW vom 23.05.2019**

Gebietsbauleitung Steiermark Ost

**DI Wilhelm Machold**  
Sachbearbeiter

[bruck@die-wildbach.at](mailto:bruck@die-wildbach.at)  
Tel +43 3862 51957-  
Fax +43 3862 51957-6  
Ziegelofenweg 24, 8600 Bruck an der Mur

BIC: BUNDATWW  
IBAN: AT270100000005060760  
UID: ATU 391 22 007

Bruck an der Mur, am 23.5.2019

Stadtgemeinde Bruck/Mur  
Bauamt  
8600 Bruck/Mur

Geschäftszahl: 4-1-Bruck-343-2019

## **Betreff: FWP Bruck/Mur 1.00, wildbachtechnische Stellungnahme zu Baulandwidmung in Gelber Gefahrenzone**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Büro Pumpernig hat uns eine Anfrage bzgl. Beurteilung von unbebautem Bauland bzw. von Baulandwünschen in der Gelben Gefahrenzone übermittelt. Dabei wurden die zu beurteilenden Flächen aufgezählt.

Grundlage für die Stellungnahme sind die rechtsgültigen Gefahrenzonenpläne Oberaich und Bruck an der Mur sowie die Begehung am 22.5.2019.

Entsprechend dem Leitfaden zur Baulandausweisung in Gefahrenzonen der Wildbach- und Lawinenverbauung, der im September 2013 vom Amt der Stmk. Landesregierung, Abt. 13 Umwelt und Raumordnung, Referat Bau- und Raumordnung in Zusammenarbeit mit der Wildbach- und Lawinenverbauung erstellt wurde, sollten (Neu-)Ausweisungen nur in solchen Gebieten erfolgen, in denen aufgrund des geringen Gefährdungsgrades wesentliche Teile der zu bebauenden Flächen mit wirtschaftlich vertretbaren Maßnahmen gefahrenfrei gestellt werden können.

Folgende Kriterien und Parameter sind im Rahmen der Sachverständigenbeurteilung zu berücksichtigen:

- stehendes Wasser: Tiefe < 0,4 m (Achtung auf Geländesäcke bei Straßendämmen oä.)

- fließendes Wasser: Energiehöhe < 0,4 m, Staueffekte, Freiborde sind zu beachten
- Geschiebeablagerung unter 0,4 m (Achtung: Wasser und Geschiebe), keine größeren, groben Geschiebeablagerungen sind zu erwarten, nur mehr Feingeschiebe, Schlamm
- eine Gefährdung durch Muren ist nicht zu erwarten
- eine rückschreitende Erosion, Nachböschungen sind nicht zu erwarten
- eine nennenswerte Erosionsrinnenbildung ist nicht zu erwarten
- verklausungsfähiges Wildholz ist nicht zu erwarten
- wesentliche Teile der zu bebauenden Flächen können hochwasserfrei gestellt werden ohne Gefährdung Dritter (dazu zählen insbesondere Gebäude, Hauszugänge, Terrassen, Abstellflächen, Kinderspieleinrichtungen o. Ä.)
- sichere Zufahrt zum Bauplatz soll gegeben sein (Ersatzzufahrt, Evakuierung, Fluchtweg)
- eine Freihaltung bestehender Abflussgassen ist möglich
- Anordnung der Eingänge/Schächte/Kellerfenster über Wasserspiegel muss möglich sein, Freibord beachten (OIB-Richtlinie Nr.3, Stmk. Baugesetz)
- Der Mindestabstand zum Gewässer lt. SAPRO ist einzuhalten

Mögliche Maßnahmen im Zuge der Bebauungsplanung bzw. im Zuge der Definition von Aufschließungserfordernissen:

- bestehende Abflussgassen sind zu erhalten
- neue Abflussgassen sind zu definieren und dauerhaft frei zu halten
- Aufschüttungen und neue Abflussgassen bzw. Flächenverlust in der gelben Gefahrenzone dürfen zu keiner HW-Verschärfung für Dritte führen

Bei der Begehung der einzelnen Flächen entsprechend der Mailanfrage vom 27.3.2019 vom Büro Pumpernig wurde folgendes festgestellt:

- Gst. Nr. 40/1, 40/4, 40/8, 40/12, 40/14 und 40/5, alle KG Forstwald:  
Die Grundstücke liegen am Rande der Gelben Gefahrenzone des Utschbaches und sind nur durch geringmächtige Überflutungen gefährdet. Die Kriterien und Parameter für eine Baulandwidmung sind gegeben.

- Gst. Nr. 40/5, 40/6, 56/6, alle KG Forstwald  
Die Grundstücke liegen in einem Braunen Hinweisbereich auf Überflutung. Die zu erwartenden Überflutungshöhen sind gering (Energiehöhe < 40 cm). Die Kriterien und Parameter für eine Baulandwidmung sind gegeben.
- Gst Nr. 140/1, KG Oberaich:  
Ab einem Abstand von 2 m zur Roten Gefahrenzone des Oberaichbaches sind die Kriterien für Baulandausweisung (bestehendes Bauland) gegeben.
- Gst. Nr. 20/2, 57/1, 59 und 59, KG Oberaich  
Ab einem Abstand von 3 m zur Bachböschungsoberkante sind die Kriterien für Baulandausweisung in der Roten Gefahrenzone gegeben.
- Gst Nr. 54/1, KG Oberaich  
Die Kriterien für Baulandausweisung in der Gelben Gefahrenzone des Oberaichbaches sind gegeben.
- Gst. Nr. 5/1 und 6, KG Oberaich:  
Der Mindestabstand zum Gerinne des Oberaichbaches von 10 m ist einzuhalten. Ab einem Abstand von sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandausweisung gegeben
- Gst. Nr. 18, KG Oberaich:  
Der Mindestabstand zum Gerinne des Oberaichbaches von 10 m ist einzuhalten. Ab einem Abstand von sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandausweisung gegeben.
- Gst. Nr. 228/4 und 230/18, beide KG Streitgarn  
Die Grundstücke liegen in der Roten und Gelben Gefahrenzone des Utschmoarbaches. In der Roten Gefahrenzone ist die Baulandeignung nicht gegeben. Bei einer Baulandwidmung in der Gelben Gefahrenzone ist der Abstand von 10 m zur Bachböschungsoberkante einzuhalten. Auf den verbleibenden Restflächen sind die Kriterien für eine Baulandausweisung gegeben (Energiehöhe < 40 cm).
- Gst. Nr. 176 und 177, beide KG Streitgarn  
Hier wurden die Roten und Gelben Gefahrenzonen des Streitgarnbaches ausgewiesen. Weiters sind die Flächen durch einen vom Landeshauptmann verordneten Wildbach (=Hangwegbach) gefährdet, für den im rechtsgültigen Gefahrenzonenplan keine Gefahrenzonen ausgewiesen wurden.  
In den letzten Jahren sind bei beiden Wildbächen mehrere Hochwässer aufgetreten, die die Hochwassergefahr belegen. Auf einem großen Teil der Fläche sind die Kriterien für eine Baulandausweisung nicht gegeben (Geschiebeablagerungen > 40 cm, Überflutungen mit Energiehöhe > 40).  
Nur jene Flächen, wo entweder der Abstand zur Gemeindestraße mehr als 100 m oder der Abstand zur Flucht der südlichen Grundstücksbegrenzung des Gst. Nr. 175/1

weniger als 50 m beträgt, entsprechen den für eine Baulandausweisung erforderlichen Kriterien und Parameter. Dies gilt auch für das bestehende Bauland.

- Gst. Nr. 1037/1, 1037/2 und 1038, alle KG Oberaich:  
Die Grundstücke liegen teilweise im Bereich eines Ausläufers der Gelben Gefahrenzone des Mitteraichbaches. Es besteht die Gefahr von geringmächtigen Überflutungen (<40 cm). Die Kriterien und Parameter für eine Baulandwidmung sind gegeben.
- Gst. Nr. 1034/10, KG Oberaich:  
Das Grundstück liegt in der Gelben Gefahrenzone des Schneebauergrabens. Es besteht die Gefahr von geringmächtigen Überflutungen. Ab einem Abstand von 3 m zur östlichen Grundstücksgrenze sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandwidmung gegeben.
- Gst. Nr. 956/2, KG Oberaich, Bereich westlich des Schneebauergrabens:  
Hier verläuft der Bach in einer Hochlage und es sind im bachnahen Bereich Überflutungen und Überschotterungen von mehr als 40 cm zu erwarten. Im Bereich der Gelben Gefahrenzone sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandausweisung erst ab einem Abstand von mehr als 20 m zur Roten Gefahrenzone gegeben.
- Gst. Nr. 955/3, KG Oberaich: Baulandwunsch südlich des Gst. Nr. .164.  
Der Mindestabstand zur Bachböschungsoberkante des Schneebauergrabens von 10 m ist einzuhalten. Ab einem Abstand von 10 zur Bachböschungsoberkante sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandausweisung gegeben.
- Gst. Nr.: 960/1, 961/5, 961/6, alle KG Oberaich:  
Im digitalen Gefahrenzonenplan fehlen die rechtsufrige Begrenzungslinien der Roten und Gelben Gefahrenzone des Schneebauergrabens, weshalb die Gefahrenzone zu groß dargestellt wird. Entsprechend der Papierversion des Gefahrenzoneplanes Oberaich (ministeriell genehmigt) liegen die Grundstücke außerhalb der Gefahrenzonen.
- Gst. Nr.: 491/3, KG Oberaich: In der sehr schmalen Gelben Gefahrenzone des Freischergrabenbaches sind die Kriterien und Parameter für eine Baulandausweisung nicht gegeben.
- Gst. Nr.: 488/1, KG Oberaich: In der Gelben Gefahrenzone des Freischergrabenbaches sind ab einem Abstand von 3 m zur Roten Gefahrenzone die Kriterien für Baulandausweisung gegeben.
- Gst. Nr.: 721/3: Die Fläche liegt in einem braunen Hinweisbereich wegen Rutschungsgefahr. Ein geologisches Fachgutachten ist einzuholen.
- Gst. Nr. 501/1, 501/4, 501/6, alle KG Bruck an der Mur  
Die Grundstücke sind unseres Wissens nach bereits bebaut.
- Gst. Nr.: 1/4, KG Pischk:

In der Gelben Gefahrenzone des Glanzbaches sind die Kriterien und Parameter zur Ausweisung von Bauland ab einem Abstand von 3 m zur Roten Gefahrenzone gegeben.

- Gst. Nr. 280/7, KG Übelstein: In der Gelben Gefahrenzone des Walchhütterbaches besteht die Gefahr von geringmächtigen Überflutungen. Die Kriterien und Parameter zur Baulandausweisung sind gegeben.
- Gst. Nr. 9, KG Übelstein:  
Die Kriterien für eine Baulandausweisung sind bis zu einem Abstand von 3 m zur Roten Gefahrenzone nicht gegeben. Ab einem Abstand von 3 m zur Roten Gefahrenzone sind die Kriterien und Parameter für Baulandausweisung nur gegeben, wenn eine Ersatzzufahrt gesichert ist.
- Gst. Nr. 696/1, 696/10, 696/12, 696/1, 696/17, alle KG Bruck an der Mur:  
Hier ist mit Geschiebeablagerungen und Überflutungen (> 40 cm) seitens des Einödgrabens zu rechnen. Die Kriterien für Baulandausweisung sind nicht gegeben.
- Gst. Nr. 696/9, KG Bruck an der Mur  
Hier ist mit Geschiebeablagerungen und Überflutungen (> 40 cm) seitens des Einödgrabens zu rechnen. Die Kriterien für Baulandausweisung in der Gelben Gefahrenzone sind nur bei einem Abstand von weniger als 2 m zum äußeren Begrenzung der Gelben Gefahrenzone gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

HR DI Martin Streit  
Gebietsbauleiter



Ergeht per Email an: Siegrun Rutrecht <siegrun.rutrecht@pumpernig.at>



### 3.3 Verkehrsplanerischen Grundsätze der Abteilung 16



Abteilung 16

Stadtgemeinde Bruck a.d. Mur  
Koloman-Wallisch-Platz 1  
8600 Bruck an der Mur

Personal, Organisation, Recht,  
BBL-Koordination

Stadtgemeinde Bruck/Mur	
Zahl	Blg.
Dat.: 12. Juni 2017	
Bürgermeister	Stadtamtsdir.
FB-Leiter	

Bearbeiter: Andrea Lappitsch  
Tel.: (0316) 877 - 4658  
Fax: (0316) 877 - 5579  
e-mail: [abteilung16@stmk.gv.at](mailto:abteilung16@stmk.gv.at)

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: ABT16 VT-TD.01-1486/2017-1      Bezug:  
Ggst: Änderung des Flächenwidmungsplanes

Graz, am 12.6.2017

Sehr geehrte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Zur kundgemachten Änderung des örtlichen Entwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes bestehen seitens der Abteilung 16, Verkehr und Landeshochbau, des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, in Abstimmung mit der Baubezirksleitung Obersteiermark Ost, keine konkreten Planungsinteressen.

Es sind jedoch die Vorgaben in unserer Allgemeinen Stellungnahme einzuhalten. Die Beachtung der in dieser Stellungnahme enthaltenen Grundsätze wird im Auflageverfahren überprüft.

Folgende Landesstraßen verlaufen im Gemeindegebiet:

**B 116 Leobener Straße**

diese gilt gemäß dem RVK Obersteiermark-Ost im Sinne der Kilometrierung vom Westen kommend bis zur Anschlussstelle mit der S36 als eine Landesstraße der Kategorie C2 und von der Anschlussstelle (S36) in Richtung Kapfenberg als eine Landesstraße der Kategorie C1.

**L 121 Brucker Begleitstraße:**

diese gilt gemäß dem RVK Obersteiermark-Ost als eine Landesstraße der Kategorie E.

Stadtgemeinde Bruck/Mur		
Zahl	Blg.	
Dat.: 12. Juni 2017		
Bürgermeister	Stadtsamtsdir.	FB-Leiter



Das Land  
Steiermark

## Verkehrsplanerische Grundsätze

### Allgemeine Stellungnahme

an die Stadtgemeinde Bruck an der Mur

#### **A GRUNDSÄTZLICHES:**

*Bei der gegenständlichen Änderung des Flächenwidmungsplanes sowie beim örtlichen Entwicklungskonzept sind folgende Grundsätze zu beachten:*

Ortsumfahrungen müssen den Charakter als Umfahrungsstraße beibehalten. Das bedeutet, dass solche Umfahrungsstraßen beidseitig von Verbauungen freizuhalten sind.

Bei Landesstraßen außerhalb von Ortsgebieten (Freiland), in denen hohe Betriebsgeschwindigkeiten herrschen und Überholmöglichkeiten bestehen, ist die Errichtung zusätzlicher Zufahrten unerwünscht.

Freihaltebereiche (siehe B) sind zwingend zu beachten.

Im Einzelnen gilt das Nachangeführte.

#### **a) Kategorisierung**

Gemäß dem Ergebnis der regionalen Verkehrskonzepte, welche gemäß den Vorgaben der Landesstraßenverwaltung und in Absprache und unter Mitwirkung der Regionen erarbeitet werden, werden Landesstraßen gemäß ihrer Ausgestaltung und Funktionalität in verschiedene Kategorien eingeteilt, für die verschiedene Anforderungen zu erfüllen sind. Dort, wo noch keine regionalen Verkehrskonzepte bestehen, wurden die Kategorisierungen gemäß den internen Planungsvorgaben des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung vorläufig festgelegt.

Diese Kategorien für Landesstraßen sind:

Kategorie A: höchstrangige Landesstraßen, die als bemaubare anbaufreie Bundesstraße ausgebaut werden sollen

Kategorie B, C1 und C2: Landesstraßen mit hoher bzw. mittlerer Bedeutung

Kategorie D und E

Landesstraßen von untergeordneter  
Bedeutung

Hinweis:

Die den Kategorisierungen zugeordneten Qualitäten gelten grundsätzlich für den Überlandbereich.

**b) Definitionen**

Größerer Verkehrserreger: alle Ansiedlungen einschließlich von Freizeitanlagen, durch deren Anschluss an das Landesstraßennetz eine wesentliche Beeinträchtigung der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf Landesstraßen herbeigeführt werden kann.

Ortsgebiet Bereich innerhalb der Ortstafeln gemäß § 2 StVO.

Überlandbereich: Bereich außerhalb von Ortsgebieten gemäß § 2 StVO.

**c) Einhaltung des Steiermärkischen Landes-Straßenverwaltungsgesetzes**

Es wird auf die Verpflichtung zur Einhaltung des Steiermärkischen Landes-Straßenverwaltungsgesetzes, LGBl. Nr. 154/1964, und hier insbesondere auf die Zustimmungserfordernisse der Landes-Straßenverwaltung für Maßnahmen gemäß § 24, für sonstige Maßnahmen gemäß § 25 sowie für Anschlüsse an öffentliche Straßen gemäß § 25a, sowie die Ableitung von Oberflächenwässern gemäß § 26 Steiermärkisches Landes-Straßenverwaltungsgesetz hingewiesen und weiters darauf aufmerksam gemacht, dass zusätzliche Bauten an Landesstraßen zu einer Kostenbeteiligung von Unternehmungen gemäß dem § 18 ff Steiermärkisches Landes-Straßenverwaltungsgesetz führen kann.

Hinweis:

*Für Autobahnen und Schnellstraßen sind die adäquaten Bestimmungen des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, zu berücksichtigen.*

## **B IM ORTSGEBIET UND ÜBERLANDBEREICH GILT:**

### **a) Anbindungen an das Landesstraßennetz**

Bei Ansiedlungen am Landesstraßennetz sind die bestehenden Anschlüsse zu verwenden. Diese sind, wenn es sich als notwendig erweist, auf Kosten der Verursacher an Art und Ausmaß der Nutzung anzupassen.

Bei der Ansiedelung größerer Verkehrserreger ist ein fachkundig erstelltes Verkehrskonzept mit Leistungsfähigkeitsnachweis vorzulegen, mit dem die Aufrechterhaltung der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs nachzuweisen ist.

### **b) Tankstellen**

Für Tankstellen gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen wie für große Verkehrserreger.

### **c) Entwässerungsanlagen**

Die Ausleitung von *Oberflächenwässern* in die Entwässerungsanlagen von Landesstraßen ist nicht gestattet. Einer solchen Ausleitung kann nur in Ausnahmefällen und bei Vorliegen eines fachkundig erstellten Entwässerungskonzeptes von der Landesstraßenverwaltung zugestimmt werden. Mit diesem ist der Nachweis zu erbringen, dass die Entwässerungsanlagen der Straße für die zusätzlichen Wassermengen ausreichend dimensioniert sind und keine nachteiligen Auswirkungen auf den Vorfluter zu erwarten sind.

Die Entwässerung der Landesstraße darf durch die geplanten Maßnahmen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden.

Die Einleitung von *Abwässern* ist verboten.

### **d) Umkehrplätze**

Bei räumlich zusammenhängenden Bauten mit mehreren Parkplätzen oder Gebäuden mit Besucherplätzen (Siedlungen, Altenheime, etc.) ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Zufahrtsstraßen für den Begegnungsverkehr ausreichende Breiten, die Einbindung in das öffentliche Straßennetz sowie die Wendehämmer entsprechende Radien aufweisen

**e) Sichtverhältnisse**

Gemäß den Richtlinien und Vorschriften für den Straßenbau (RVS) Nr. 03.05.12 (3.42) „Knoten“ und 3.03.23 (3.23) „Trassierung“ sind ausreichende Sichtverhältnisse durch die Freihaltung eines entsprechenden Sichttraumes zu gewährleisten.

An der Grenze zu Verkehrsflächen und im Bereich von Zufahrten sind Sichthindernisse (Einfriedungen, lebende Zäune und dergleichen) nicht höher als 1,0 m über Fahrbahnniveau herzustellen bzw. sind bestehende Einfriedungen im notwendigen Bereich der Zufahrt auf eine Höhe von max. 1,0 m über Fahrbahnniveau zu adaptieren.

**f) Wohnbauten in lärmbelasteten Bereichen und Lärmschutzmaßnahmen**

Die Ausweisung neuer Wohngebiete darf nicht erfolgen in verkehrslärmbelasteten Gebieten oder in Gebieten, in denen aufgrund der Umgebungsrichtlinie Lärm (Richtlinie 2002/49/EG vom 25. Juni 2002) künftig mit einer Ausweisung als lärmbelastetes Gebiet zu rechnen ist.

<b>C IM ÜBERLANDBEREICH GILT ZUSÄTZLICH ZU A UND B</b>
--

**a) Freihaltebereich:**

Bei allen Landesstraßen ist ein Freihaltebereich von **15 Metern** einzuhalten.

Auf jeden Fall sind ausreichende Flächen für Geh- und Radwege, Busbuchten, Fahrbahnteiler und Querungshilfen freizuhalten.

**b) Ansiedelung größerer Verkehrserreger:**

Bei der Ansiedelung größerer Verkehrserreger ist ein fachkundig erstelltes Verkehrskonzept einschließlich Leistungsfähigkeitsnachweis mit einer Prognoseberechnung auf 20 Jahre vorzulegen.

Die Ansiedelung größerer Verkehrserreger darf nur entlang einer Straßenseite unter Berücksichtigung der u. a. Forderungen erfolgen. Eine beidseitige Verbauung ist nur über bestehende Knotenpunkte mit niveaufreiem Anschluss gestattet.

***Bedingungen für Landesstraßen der Kategorie A***

Es sind ausschließlich die rechtlich genehmigten Anschlüsse zu verwenden.

### **Bedingungen für die Kategorie B und C1**

Anbindungen sind ausschließlich über bestehende Kreuzungen vorzunehmen. Erforderlichenfalls sind solche Kreuzungen auf Kosten des Verursachers entsprechend auszubauen.

### **Bedingungen für die Kategorie C2**

Eine Anbindung ist direkt in das Straßennetz C2 gestattet, wenn die Zufahrten zentral ausgebildet und über interne Aufschließungsstraßen verteilt werden.

### **Bedingungen für die Kategorie D und E**

Derartige Straßen eignen sich grundsätzlich nicht für die Ansiedlung von größeren Verkehrserregern.

Sollte dennoch eine Ansiedlung von größeren Verkehrserregern geplant sein, ist dies nur unter folgenden Voraussetzungen zulässig:

- Die Zufahrten sind so zentral wie möglich auszubilden und über interne Aufschließungsstraßen zu verteilen.
- Die für die Aufschließung benötigten Verkehrsflächen bis in das höherrangige Straßennetz (Straßen der Kategorien B, C1 und C2) inklusive der Kreuzungen müssen den zu erwartenden zusätzlichen Verkehr (v. A: Schwerverkehr) aufnehmen können.
- Ein fachkundig erstellter Leistungsfähigkeitsnachweis mit Verkehrs- und Zufahrtskonzept einschließlich Prognoserechnung von 20 Jahren bis hin zum höherrangigen Netz (Kategorie A, B, C1 und C2) ist vorzulegen.
- Straßen müssen die Tragfähigkeit für den Schwerlastverkehr aufweisen.

### **cc) Zufahrten von geringeren Verkehrserregern einschließlich Einzelzufahrten**

In den Kategorien B und C1 sind neue Zufahrten nicht gestattet, in der Kategorie C2 sind diese nur gestattet, wenn eine andere Anbindung technisch und rechtlich nicht möglich ist.

## **D IM ORTSGEBIET GILT ZUSÄTZLICH ZU A UND B**

### **a) Freihaltebereich:**

Sofern keine Baulinien verordnet sind, ist der Freihaltebereich von 15 Metern einzuhalten.

In jedem Fall sind ausreichende Flächen für Geh- und Radwege, Busbuchten, Fahrbahnteiler und Querungshilfen freizuhalten.

### **b) Ansiedelung größerer Verkehrserreger:**

Bei der Ansiedelung größerer Verkehrserreger ist ein fachkundig erstelltes Verkehrskonzept einschließlich Leistungsfähigkeitsnachweis unter Berücksichtigung der größtmöglichen Verbauung mit einer Prognoseberechnung auf 20 Jahre vorzulegen, mit dem die Aufrechterhaltung der Leichtigkeit, Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs nachzuweisen ist.

Zufahrten sind so zentral wie möglich auszubilden und über interne Aufschließungsstraßen zu verteilen.

Die für die Aufschließung benötigten Verkehrsflächen bis in das Landesstraßennetz müssen den zu erwartenden zusätzlichen Verkehr (v. A. Schwerverkehr) aufnehmen können.

## **E BEGRÜNDUNG:**

Verkehrsanschlüsse an Landesstraßen im Überlandbereich führen zwangsläufig zu einer Verschlechterung im Verkehrsablauf. Dies führt zu einer verminderten Verkehrssicherheit, was wiederum geringere Betriebsgeschwindigkeiten bedingt. In der Folge werden Maßnahmen erforderlich, die einerseits zusätzliche Kosten verursachen und andererseits dem Charakter der Landesstraße als Verkehrsverbindung für den Überlandbereich widersprechen (verkehrseinschränkende Maßnahmen).

Aus Gründen der Verkehrssicherheit ist weiters die Beachtung der notwendigen Sichtweiten und die großzügige Ausgestaltung der Anbindungen unumgänglich.



Dementsprechend ist bei Landesstraßen ein Anschluss nur dann genehmigungsfähig, wenn hierfür einerseits die Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs trotz der zusätzlichen Einbindungen weiterhin gewahrt bleibt und andererseits keine zusätzlichen Kosten auf die Straßenverwaltung zukommen. Die entsprechenden Nachweise sind von den Gemeinden daher rechtzeitig vorzulegen.

Die Einhaltung der Freihaltebereich ist erforderlich um einerseits die für die Verkehrssicherheit notwendigen Maßnahmen, wie Errichtung von Gehsteigen, Radwegen oder Busbuchten, treffen zu können und andererseits um für allfällige Ausbaumaßnahmen ausreichende Flächen zur Verfügung zu haben.

Zum Lärmschutz wird ausgeführt: Auch wenn notwendige Lärmschutzmaßnahmen auf Kosten der Gemeinde oder des Betreibers durchgeführt werden ist nicht auszuschließen, dass weitere Kosten von der öffentlichen Hand eingefordert werden. Die Errichtung von Wohnbauten in lärmbelasteten Gebieten ist daher abzulehnen.

#### **F EINWENDUNG IM AUFLAGEVERFAHREN**

**Sollte diesen Grundsätzen widersprochen werden, gilt diese Stellungnahme als Einwendung im Auflageverfahren.**

### 3.4 Bekanntgabe von Altlastenverdachtsflächen vom 23.01.2019

UBA_ID	area	FI_typ	KG	GstNr	Status
55044	66742	Altablagerung	Oberaich (60031)	1050/2, 1050/3, 1050/5, 1051/5, 1056/2	ALV
52597	77020	Altablagerung	(1.) Bruck an der Mur (60004) (2.) Oberdorf-Landskron (60032)	(1.) 452/13 (2.) 139/1, 144/1, 145/1, 149, 173/1	ALV
71952	12918	Altablagerung	Übelstein (60070)	43, 49, 51/1, 51/2, 77, 503, 514	ALTL
71951	29814	Altablagerung	Berndorf (60003)	97/1, 110/3	ALTL
72078	8244	Altablagerung	Berndorf (60003)	127/1, 127/5	ALTL
72099	14596	Altablagerung	Pischk (60041)	127/2, 128	ALTL
72079	12949	Altablagerung	Pischkberg (60042)	423/1, 423/2, 449/1, 500	ALTL
72080	1075	Altablagerung	Oberdorf-Landskron (60032)	174/2	ALTL
72100	3101	Altablagerung	Oberaich (60031)	63/3, 64/1	ALTL
72081	6830	Altablagerung	Oberaich (60031)	1051/1, 1051/4, 1056/1	ALTL
71988	13647	Altablagerung	Oberaich (60031)	949/1, 951/1, 951/2, 951/3, 951/5, 951/6, 1080/2	ALTL
72082	4013	Altablagerung	Bruck an der Mur (60004)	496/1, 497/2, 497/3, 891	ALTL
72083	8056	Altablagerung	Bruck an der Mur (60004)	721/1, 877/4, 893/3	ALTL
71987	5958	Altablagerung	Streitgarn (60063)	291/2, 292/1, 292/2, 293/2, 295, 299/2, 301/2, .4, .126	ALTL
39427	4201	Altablagerung	Oberaich (60031)	1077/3	ALTL

**3.5 Bekanntgabe des Bundesdenkmalamtes vom 16.10.2017**

## Gemeinde Bruck an der Mur

Folgende Bodendenkmale stehen unter Denkmalschutz:

### KG Oberdorf-Landskron

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	676/1		Straßentrasse, Brücke	Römerzeit

b) Der Landeskonservator ersucht, folgende Grundstücke mit Bodendenkmalen bzw. archäologischen Fundstellen im *Örtlichen Entwicklungskonzept* und *Flächenwidmungsplan* als „Bodenfundstätten“ auszuweisen:

### KG Berndorf

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	89/1, 89/4, . 29	Pöglhofkapelle	Bestattung	Frühmittelalter
2	305/1	Wienerstraße, Fabriksgasse	Bestattung	Römerzeit

### KG Bruck an der Mur

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	490/4	Leobnerstraße 46	Ring	Römerzeit
2	826/12	Kirchplatz, Schulgasse	Gebäudereste	Neuzeit
3	305/5, 851/1	Stadtwerkstraße, Theodor-Körnerstraße	Münze, Gebäudereste	Römerzeit Neuzeit
4	598/45, 598/46, 598/47, 589/48, .461, 462	An der Postwiese 22, Leobnerstraße	Siedlung, Bestattung	Römerzeit
5	304/10, 304/19	Friedrich-Allee 7	Einzelfund	Frühmittelalter
6	654/1	Kalvarienbergkirche	Militärische Anlage	Neuzeit
7	41/1	Badhaus	Ehem. Badhaus	Mittelalter
8	826/3	Koloman Wallisch Platz	Abgek. Gebäude	Neuzeit

### KG Oberdorf-Landskron

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	149	Murinsel	Mauerreste, Brücke	
2	23/7, 281/2, 286/5, 676/1		Altstraße, Steinbruch	Römerzeit

### KG Pischk

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	162	Kaltbachgraben	Weihealtar	Römerzeit
2	369/2, 420/7		Gebäudereste	

### KG Pischkberg

Nr.	Grst.Nr.	Ortsangabe	Fundkategorie	Datierung
1	407/1	Pischkberg, vlg. Schlegelbauer	Rundnackenaxt	Prähistorisch

2	189	Buchwald	Steinbruch	
---	-----	----------	------------	--

### **KG Streitgarn**

<b>Nr.</b>	<b>Grst.Nr.</b>	<b>Ortsangabe</b>	<b>Fundkategorie</b>	<b>Datierung</b>
1	145/1	Haubenberg	Abschnittsgraben	
2	52/1	Leitner	Bergbauspuren	

Die unter b) genannten Bereiche sollten von Bebauung freigehalten werden. Unbedingt erforderliche Bodeneingriffe (z.B. Planierungen, Leitungs- und Wegebau) sind auf ein Mindestmaß zu beschränken und dem Bundesdenkmalamt, Abteilung für Archäologie, so rechtzeitig bekannt zu geben, dass eine begleitende archäologische Untersuchung möglich ist.

Um entsprechende Berücksichtigung wird ersucht.

Gemeinde	KG	Katalogtitel	Adresse	GSTK-Nr.	Denkmalschutzstatus
Birkfeld	68023 Rabendorf	Figurenbildstock hl. Johannes Nepomuk	Weizerstraße 45, 8191 Birkfeld (Aschau) (bei)	456/3	Denkmalschutz per Verordnung
Breitenau am Hochlantsch	60010 Erhardstraße	Bauernhaus Ebenhiasl	Erhardstraße 104, 8614 Breitenau am Hochlantsch (Sankt Erhard)	.93	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschützstellung §3)
Breitenau am Hochlantsch	60010 Erhardstraße	Kath. Filialkirche hl. Jakob in der Breitenau und ehem. Friedhof	Erhardstraße 69, 8614 Breitenau am Hochlantsch (Sankt Erhard)	.28	Denkmalschutz per Verordnung
Breitenau am Hochlantsch	60010 Erhardstraße	Kath. Pfarr- und Wallfahrtskirche hl. Erhard in der Breitenau und ehem. Friedhof	St. Erhard 21, 8614 Breitenau am Hochlantsch (Sankt Erhard)	.74, 782	Denkmalschutz per Verordnung
Breitenau am Hochlantsch	60028 Lantsch	Wallfahrtskapelle Maria Schüsserlbrunn	Lantsch 22, 8614 Breitenau am Hochlantsch (Sankt Jakob-Breitenau)	.62	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60003 Berndorf	Pöglhof (Hauptgebäude)	Pöglhof 1, 8600 Bruck an der Mur (Berndorf)	89/5	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschützstellung §3)
Bruck an der Mur	60003 Berndorf	Steinkreuz	Landskrongasse 8601 Berndorf	.30/6	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60003 Berndorf	Kath. Filialkirche hl. Georg am Pöglhof		.29	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Minoritenkloster	Am Grazer Tor 1, 8600 Bruck an der Mur	.126/1	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Bürgerhaus	Am Grazer Tor 2, 8600 Bruck an der Mur	.145/1	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Schifferturm und Teil der Stadtbefestigung	Am Schiffertor 1, 8600 Bruck an der Mur	78/4	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Teile der Stadtbefestigung	Am Schiffertor 3, 8600 Bruck an der Mur	162, 837, 193/1, .207/2, 78/1, .211	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Zwei Postmeilensteine und zwei Prellsteine	Brandstetterstraße 52, 8600 Bruck an der Mur (ger. Nr.)	787/3	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Volksschule	Dr.-Theodor-Körner-Straße 15, 8600 Bruck an der Mur	.321	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Bildstock	Dr.-Theodor-Körner-Straße 26, 8600 Bruck an der Mur (bei)	113/3	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Wohnhaus	Dr.-Theodor-Körner-Straße 30, 8600 Bruck an der Mur	.339	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kindergarten	Dr.-Theodor-Körner-Straße 31, 8600 Bruck an der Mur	.199, 97/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Ehem. Bürgerspital mit Martinskapelle	Dr.-Theodor-Körner-Straße 37, 8600 Bruck an der Mur	.229	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Höhere Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft	Dr.-Theodor-Körner-Straße 44, 8600 Bruck an der Mur	416/3	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschützstellung §3)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Ehem. Hl. Geistkapelle	Einödstraße 12, 8600 Bruck an der Mur	.289	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Stuckhütte und Waffensammlung	Etzersteig 1, 8600 Bruck an der Mur	.25	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Uhrturm, Teil der Stadtbefestigung	Etzersteig 2, 8600 Bruck an der Mur	.416	Denkmalschutz per Verordnung

Gemeinde	KG	Katalogtitel	Adresse	GSTK-Nr.	Denkmalschutzstatus
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Hahnhof	Grabenfeldstraße 3, 8600 Bruck an der Mur	.1103, .1104, .1105, .1106, .1107, .910, .911, .912, .913, .914, .915, .916, .917, .960, .961, .964, .965, .966	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Evang. Pfarrhof	Grabenfeldstraße 4 (Pfarrhaus), 8600 Bruck an der Mur	.317	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Evang. Pfarrkirche A.B.	Grabenfeldstraße 4 (Pfarrhaus), 8600 Bruck an der Mur	.1287	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Flößmeisterhaus	Herzog-Ernst-Gasse 5, 8600 Bruck an der Mur	.68	Denkmalschutz per Bescheid
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Mesnerhaus	Heubergstraße 1, 8600 Bruck an der Mur	.311	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kath. Filialkirche hl. Ruprecht bei Bruck	Heubergstraße 1b, 8600 Bruck an der Mur	.310	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Pfarrhof mit Hofgebäude und Teil der Stadtbefestigung	Kirchplatz 1, 8600 Bruck an der Mur	178/1, 178/2	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Antauerhaus	Koloman-Wallisch-Platz 10, 8600 Bruck an der Mur	.186/1, 62	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Rathaus	Koloman-Wallisch-Platz 1 (Stadtgemeinde), 8600 Bruck an der Mur	.62	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Apothekerhaus	Koloman-Wallisch-Platz 2, 8600 Bruck an der Mur	.61	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kornmesserhaus	Koloman-Wallisch-Platz 22, 8600 Bruck an der Mur	.109/1	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Wohn- und Geschäftshaus, Fabrizioushaus	Koloman-Wallisch-Platz 23, 8600 Bruck an der Mur	.64	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Bildstock	Leobner Straße 71, 8600 Bruck an der Mur (bei)	852/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Nischenbildstock	Lichtensteinstraße 2, 8600 Bruck an der Mur	572/3	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	E-Werk Bruck an der Mur	Murinsel 2, 8600 Bruck an der Mur	.377, .378, 452/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Freibad	Murinsel 5 (Städtisches Freibad - Verwaltungsgebäude), 8600 Bruck an der Mur	.1515, .1516, .1517, .1518, .1519, .1520, .1521, .1522, .1523, .1525, 452/13	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Pius-Institut der Kreuzschwestern	Piusallee 1, 8600 Bruck an der Mur	.309	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Hauskapelle Pius-Institut	Piusallee 1, 8600 Bruck an der Mur	.309	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Ehem. Staudegger-Kaserne	Roseggerstraße 32, 8600 Bruck an der Mur	.144	Denkmalschutz per Bescheid
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Reckturm und Teil der Stadtbefestigung	Schillerstraße 7, 8600 Bruck an der Mur	.208, 176, 192/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Wohnhaus	Stadtwerkestraße 1, 8600 Bruck an der Mur	.1334	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kino, Stadthalle	Parkgasse 6, 8600 Bruck an der Mur	.497	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Maria-Hilf-Kapelle	Am Schiffertor 8601 Bruck an der Mur	.207/2	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Burgruine Landskron	Etzersteig 8601 Bruck an der Mur	211, 212/1, 212/2, 276, 829/2, 829/3	Denkmalschutz per Verordnung



Gemeinde	KG	Katalogtitel	Adresse	GSTK-Nr.	Denkmalschutzstatus
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Hauszeichen hl. Florian	Fraunedergasse 5, 5a 8601 Bruck an der Mur	112/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Stadtpfarrkirche Mariae Geburt und ehem. Friedhofsfläche	Kirchplatz .59 8601 Bruck an der Mur (OG)	.59, 826/12	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Eiserner Brunnen	Koloman-Wallisch-Platz 25, 26 8601 Bruck an der Mur	826/3	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Mariensäule	Koloman-Wallisch-Platz 25, 26 8601 Bruck an der Mur	826/3	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Minoritenkirche Maria im Walde	Minoritenplatz .88 8601 Bruck an der Mur (OG)	.88	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Karner	St.-Ruprecht-Straße 429 8601 Bruck an der Mur (OG)	.429	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kalvarienbergkirche zum blutschwitzenden Heiland		.292	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Kalvarienberg		.290/1, .290/2, 768	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Friedhof christlich		509, 510/2, 512/2	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60004 Bruck an der Mur	Littmann-Till-Gruft		509, 510/2	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60012 Forstwald	Kath. Filialkirche hl. Ulrich und ehem. Friedhofsfläche	Sankt Ulrichstraße 9 (Pfarrheim), 8600 Bruck an der Mur (Utschtal)	.7, 20/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60032 Oberdorf-Landskron	Paulahof	Urgental 1, 8600 Bruck an der Mur (Urgental)	.44/1, .44/3, .44/2, .52, 182/1	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60032 Oberdorf-Landskron	Römische Brücke bei St. Dionysen	Oberdorf 8600 Oberaich	676/1	Denkmalschutz per Bescheid (Feststellungsbescheid §2 positiv)
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Aufbahnungshalle	Sankt Dionysen 3 (Pfarrheim), 8600 Bruck an der Mur (Sankt Dionysen) (bei)	671	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Kaplanstöckl/Pfarrstöckl	Sankt Dionysen 3 (Pfarrheim), 8600 Bruck an der Mur (Sankt Dionysen) (bei)	.20	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Kath. Pfarrkirche hl. Dionysius und Friedhof	Sankt Dionysen 3 (Pfarrheim), 8600 Bruck an der Mur (Sankt Dionysen) (bei)	.21, .22, 673	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Pfarrhof mit Wirtschaftstrakt und Ummauerung	Sankt Dionysen 3 (Pfarrheim), 8600 Bruck an der Mur (Sankt Dionysen)	.20, 669	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Wegkapelle	Sankt Dionysenstraße 21, 8600 Bruck an der Mur (Sankt Dionysen) (gegenüber)	678/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60040 Picheldorf	Waldkapelle		665/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60041 Pischk	Kath. Filialkirche hl. Nikolaus in Pischk und ehem. Friedhof	Nikolausweg 25, 8600 Bruck an der Mur (Pischk) (OG)	.25, 35/1	Denkmalschutz per Verordnung
Bruck an der Mur	60041 Pischk	Kapelle beim Berglhof	Nikolausweg 30, 8600 Bruck an der Mur (Pischk)	.22/4	Denkmalschutz per Bescheid (Unterschutzstellung §3)
Bruck an der Mur	60072 Wienvorstadt	Karl-Morré-Denkmal	Bahnhofstraße 8601 Wienvorstadt	26/5	Denkmalschutz per Verordnung
Buch-St. Magdalena	64107 Geiseldorf	Ortskapelle Hl. Kreuz	Geiseldorf 8274 Geiseldorf	.35	Denkmalschutz per Verordnung

### **3.6 Berechnungen der Tierhaltungsbetriebe**

## Stadtgemeinde Bruck an der Mur

### Tierhaltungsbetriebe

GZ: 174FR18

Bearb.: Pi/Pus/Ru

Stand: 19.06.2019

lfde. Nr.	G	GS	BB
2	5,34	57,75	28,88
3	5,86	60,52	30,26
6	1,29	28,36	14,18
7	1,00	25,01	12,50
10	2,03	35,62	17,81
11	4,09	50,58	25,29
12	2,37	38,45	19,23
15	16,07	100,22	50,11
19	0,64	20,03	10,02
21	28,90	94,00	47,00
22	1,41	29,70	14,85
27	2,20	37,12	18,56
28	3,33	45,64	22,82
32	9,93	78,77	39,39
33	2,22	37,23	18,62
35	0,60	19,33	9,67
38	15,79	49,67	99,33
40	3,84	48,97	24,48
41	1,86	34,11	17,06
42	3,16	44,44	22,22
43	5,63	59,00	30,00
44a	5,29	57,49	28,75
44b	0,70	20,98	10,49
45	2,90	42,56	21,28
46	-	-	-
48	5,29	57,47	28,74
56	6,06	61,56	30,78
57	-	-	-
63	0,45	16,70	8,35
64	50,23	177,19	88,59
66	3,92	49,52	24,76
67	1,15	26,79	13,39
70	7,73	69,51	34,76
71	0,40	15,78	7,89
73	4,96	55,65	27,83
76	3,36	45,81	22,91

**3.7 Immissionsklimatologische Beurteilung, verfasst von Univ. Prof. Dr. Reinhold Lazar vom  
31.10.2012**



**Univ. Prof. Dr. Reinhold Lazar**  
**Frühlingstraße 36**  
**8053 Graz**

**Graz, 31.10.2012**

## **Immissionsklimatologische Beurteilung für eine Umwidmung in St. Ulrich im Utschtal**

### **1. Einleitung und Problemstellung**

Am linksufrigen Teil des Utschtales liegt oberhalb des Ortes im Unterhangbereich ca. 50m über der rezenten Talsohle ein Bauernhof. Dieser wurde um einen neuen Rinderstall erweitert –nach moderner offener Bauweise mit sehr guter Belüftung, die in den Wänden integriert ist. Die Bestückung ist relativ niedrig und beläuft sich auf 12 Milchkühe, 20 Jungrinder und 12 Kälber, wodurch sich gegenüber dem IST- Stand nur eine geringe Erhöhung der Geruchsemissionen ergibt.

Im gegenständlichen Fall betrifft es nun die Ausbreitung der Stallabluft und die daraus potentiell entstehende Geruchsbelästigung für unterhalb befindliche Parzellen (Grundstücksnummer 112/6 und 112/7, Lage der Parzellen im Ausschnitt aus dem Flächenwindungsplan in Abb. 6 im Anhang) mit geplanter Wohnfunktion direkt unterhalb des Anwesens. Dafür ist allerdings eine aus immissionsklimatologischer Sicht nötige Abklärung einer möglichen Geruchsbelästigung durch die Stallabluft nötig. Hierzu wird mit einer entsprechenden geländeklimatisch begründeten Methodik der Nachweis der Ausbreitungsverhältnisse zur kritischsten Zeit mit Hang- und Talabwinden erbracht werden. Weitere Schlussfolgerungen können dank der guten Datenlage aus immissionsklimatologischen Untersuchungen und den Klimateignungskarten direkt einfließen.

## **2. Lage des Standortes**

Das Anwesen liegt in einer Seehöhe von ca. 590m an einem Unterhang in Ostexposition mit einer Neigung von 15-20°, wobei das Anwesen selbst sich auf einer Hangleiste (schmale Verebnungsfläche) befindet. Das Utschtal erstreckt sich hier bereits ca. 2 km vom Murtal entfernt in Nord-Südrichtung und verläuft weiter Richtung Mugl mit relativ großem Taleinzugsgebiet, wozu auch die beachtlichen Reliefeenergien gut passen (600 bis 800m). Dieser Befund wird dann für die Beurteilung des Kaltlufteinzugsgebietes von Bedeutung sein.

Im Ortsteil St. Ulrich im Utschtal erfolgt eine Gabelung im Talsystem, wobei der für den Standort relevante Rötzbach aus dem Süden kommt, der Utschbach hingegen aus Südosten.

## **3. Allgemeine Klimaverhältnisse**

Der Standortbereich befindet sich in einer inneralpinen Seitentallage der Mur südlich des Alpenhauptkammes und weist damit mäßig kontinental getönte Klimazüge auf. Weiters ergeben sich durch die abgeschirmte Lage gegenüber eine erhöhte Nebelhäufigkeit sowie ein wesentlich höherer Anteil (im Vergleich mit Tälern) an Strahlungswetterlagen – in den Medien oft als „Inversionswetterlagen“ bezeichnet – und damit eine erhöhte Bedeutung der lokalen Ausbreitungsbedingungen. Diese werden durch Lokalwindssysteme mit ihrer zugehörigen Temperaturschichtung gesteuert. Demnach kommt der Beurteilung dieser Lokalwindssysteme mit ihrer typischen durch die Topographie geprägten Dynamik in zeitlicher Abfolge und Windstärke eine verstärkte Rolle in der Beurteilung von Immissionsverteilungsmustern zu. Auf Grund der erwähnten inneralpinen Lage dürfte der Anteil an Strahlungswetterlagen bei ca. 60% liegen. An den übrigen Tagen herrschen insgesamt Advektivlagen vor, wobei die Rückseitenwetterlagen aus dem Sektor W bis N überwiegen. Meist überwiegt dann starke Bewölkung und die Windgeschwindigkeiten sind zumeist überdurchschnittlich. Die Immissionen verharren dabei in einem eher geringen Rahmen – im Vergleich mit den windschwachen Inversionslagen. Entscheidend für die Beurteilung sind daher die Verhältnisse bei den ungünstigen Strahlungswetterlagen, die die Lage der Immissionsschwerpunkte und damit auch die Lage der Abschnitte mit der höchsten Wahrscheinlichkeit für Geruchswahrnehmung prägen. Im Zuge der Erarbeitung einer Richtlinie für die Abstandsregelung von

Massentierhaltungen wurden einige vertiefende Studien für die Ausbreitung bei ungünstigen Wetterlagen durchgeführt und die Ergebnisse wurden in die Richtlinie integriert. Eine der wesentlichen Aspekte war dabei die Mehrbewertung der Lokalwinde bei Abend und Nacht, da hier die ungünstige Temperaturschichtung (katabatische Hang- und Talabwinde) eine merkliche Vergrößerung der Geruchsschwellenentfernung bewirkt.

#### **4. Methodik**

Am 24.10. um 17 Uhr wurde zur Erhebung der lokalen Ausbreitungsverhältnisse am Standort ein Simulationstest mit einer Rauchpatrone durchgeführt. Es ist dies ein schon lange bewährtes Verfahren zur Veranschaulichung der Ausbreitungsverhältnisse in der Natur in Abhängigkeit vom Hangabwind mit seiner Dynamik bzw. in seiner Beeinflussung durch einen Talabwind. Parallel dazu wurden mit einem Temperatursensor die Temperaturunterschiede zwischen dem wärmeren Hang und der kälteren Talsohle erfasst, die beobachteten Windgeschwindigkeiten wurden geschätzt. Die nötigen Unterlagen über die regionalen Druck- und Temperaturverhältnisse wurden der Berliner Wetterkarte entnommen, die für Mitteleuropa eine eigens hoch aufgelöste Bodenwetterkarte ausgewiesen hat. Die Bedingungen waren demnach für eine solche Erhebung ausgezeichnet, denn es war im Untersuchungsgebiet praktisch wolkenlos – entsprechend einer windschwachen Hochdrucklage über Mitteleuropa. Regionale Hochnebfelder im Vorland spielten dabei keinerlei Beeinflussung für den Raum Utschtal mehr. Die ostexponierte Hanglage war insofern von Vorteil, als bei negativer Strahlungsbilanz die Kaltluftproduktion schon recht früh am Nachmittag einsetzt, das Licht zur Fotodokumentation dabei noch sehr gut war.

#### **5. Ergebnisse der Erhebungen vom 24.10. 2012 (zu den Fotos 3-5)**

Die Erhebungen samt dem Rauchpatronentest zeigten eindrucksvoll die Dominanz des Rötzbachtalauswindes, der mit ca. 2-3m/s talauswärts aus südlichen Richtungen strömte, wie auch in der beigefügten Karte der Strömungsverhältnisse (Abb.2) gut ersichtlich ist. Zwischendurch gab es geringfügige Schwankungen in der Ausbreitungsrichtung, weil offensichtlich ein wenn auch nur schwacher Einfluss vom Hangabwind sich bemerkbar machte. In der Tat dürfte der Hangabwind in den Nachmittagsstunden nur für kurze Zeit einen Einfluss auf das Ausbreitungsgeschehen haben, denn mit der Unterhanglage gelangt der Standort des Anwesens sehr rasch in den Einflussbereich des

Talauswindes aus dem Rötztal. Der Rauch folgte jedenfalls gemäß der beigelegten Karte (Abb.1) aus dem Google- Earth Richtung NNE – demnach nur wenig von einer talparallelen Ausbreitung abweichend. Die gegenständlichen Parzellen (112/6 und 112/7) waren somit überhaupt nicht betroffen, wie auch die beigelegten Fotos 3-5 zeigen. Hervorzuheben ist weiters, dass die Erhebungen zu einer Zeit durchgeführt wurden, die als insgesamt ungünstig angesehen werden kann – also in Zusammenhang mit eher geringen Windgeschwindigkeiten und stabiler Schichtung sowie einer erhöhten Wahrscheinlichkeit für Hangabwindeinfluss, der ja dann mit westlicher Richtung auch die gegenständliche Parzelle betroffen hätte.

## **6. Die lokalen Ausbreitungsverhältnisse im Tagesgang am Standort und ihre Beurteilung**

Gemäß umfangreicher geländeklimatischer Untersuchungen in der Steiermark vor allem im Zusammenhang mit der Erstellung von Klimaeignungskarten (R.Lazar 1987) wird der Tagesgang durch Hang- und Talwinde mit ihrer zugehörigen Temperaturschichtung geprägt. Während tagsüber Taleinwinde mit vorherrschend labiler bis neutraler Schichtung aus nördlicher Richtung die Ausbreitung bestimmen, sind es nachts die Talauswinde, in unserem Fall der Talauswind aus dem Rötztal. Hangaufwinde gibt es vor allem am Morgen und frühen Vormittag infolge der raschen Erwärmung durch die Ostexposition des Standortes. Diese Hangaufwinde werden dann im Laufe des Tages durch den Taleinwind aus dem Utschtal abgelöst; die maximalen Windgeschwindigkeiten werden dabei am Nachmittag erzielt ( 3-5m/s), während die Hangaufwinde eher schwach bleiben (1-3m/s). Im Winterhalbjahr sind die Windgeschwindigkeiten generell etwas niedriger und die Andauer ist verkürzt, zudem tritt bei Taleinwind auch stabile Schichtung auf, speziell bei Schneedecke. Insgesamt dürften demnach am Standort die Talauswinde aus südlichen Richtungen (Rötztal) dominieren, an 2. Stelle folgen dann die Taleinwinde; nur im Sommer können die Taleinwinde eine größere Bedeutung erlangen, so dass auch die nördlichen Richtungen im Einzelfall die südlichen übertreffen können. Winde quer zur Hauptwindrichtungssachse N-S sind am ehesten aus östlichen Richtungen im Zusammenhang mit lokal und zeitlich begrenzten Hangaufwinden zu erwarten. Westliche Winde sind mit Sicherheit in der Minderheit, weil Hangabwinde schon sehr früh durch den Rötztalauswind unterdrückt werden - nicht zuletzt deshalb, weil der Standort in Unterhanglage den Einfluss des Talauswindes unterstützt, weiter oberhalb würde sich der Hangabwind schon noch behaupten können. Der Rauchpatronentest zeigte sehr eindrucksvoll die Dominanz des Talauswindes auf. Zusammenfassend



können wir nun festhalten, dass der Anteil an Hangabwinden aus westlicher Richtung mit Relevanz für eine Geruchsausbreitung in Richtung der im Tal angrenzenden Parzelle verschwindend gering bleibt (Rahmen ca. 2-4%).

## **7. Gesamtbeurteilung der zu erwartenden Geruchsimmissionen**

Gemäß der Datenlage mit dem zur Prüfung relevanten Rinderbesatz einerseits und der günstigen Ausbreitungsbedingungen andererseits, die wie im Abschnitt 6 dokumentiert eine Anströmung mit nur sehr geringer Häufigkeit ausweisen, ergibt sich für die am Hangfuß in der Talsohle befindlichen Parzellen mit den Nummern 112/6 und 112/7 in Hinblick auf eine Wohnnutzung keine Bedenken aus immissionsklimatologischer Sicht. Wesentlicher Bestandteil der Erhebungen für die Befundung waren der am 24.10. erfolgte Rauchpatronentest und die damit verbundenen Wind- und Temperaturmessungen sowie die aus den umfangreichen geländeklimatischen Untersuchungen abgeleiteten Schlussfolgerungen für den Tagesgang der Ausbreitungsbedingungen, wo dank der Dominanz durch den Talauswind aus dem Rötzgraben südliche Windrichtungen vor allem im Winterhalbjahr vorherrschen und westliche Richtungen im Sinne von Hangabwinden kaum eine relevante Rolle spielen. Da sind noch eher die Taleinwinde aus nördlichen Richtungen tagsüber sowie östliche Wind im Sinne von Hangaufwinden am Vormittag an der Geruchsausbreitung beteiligt. Als günstig ist auch die Stallanordnung mit der offenen Bauweise und der geringe Besatz anzusehen, wobei auch das Gutachten von Herrn DI Stein (agrartechnische Stellungnahme) schon darauf hinweist, dass sich die Emission mit der Geruchszahl nur wenig gegenüber dem IST- Stand erhöht. Im Gutachten wurde jedoch bezüglich der klimatischen Verhältnisse von einem ungünstigen meteorologischen Faktor ausgegangen, was durch die nunmehr durchgeführten Erhebungen eindeutig in eine für den Anrainer günstige Ausbreitungssituation umgekehrt wurde. Insgesamt kann demnach aus immissionsklimatologischer Sicht davon ausgegangen werden, dass die benachbarten Parzellen (Grundstücksnummern 112/6 und 112/7) am Hangfuß unterhalb des Anwesens keine nachweisliche Beeinträchtigung zu erwarten haben.

## **8. Literatur**

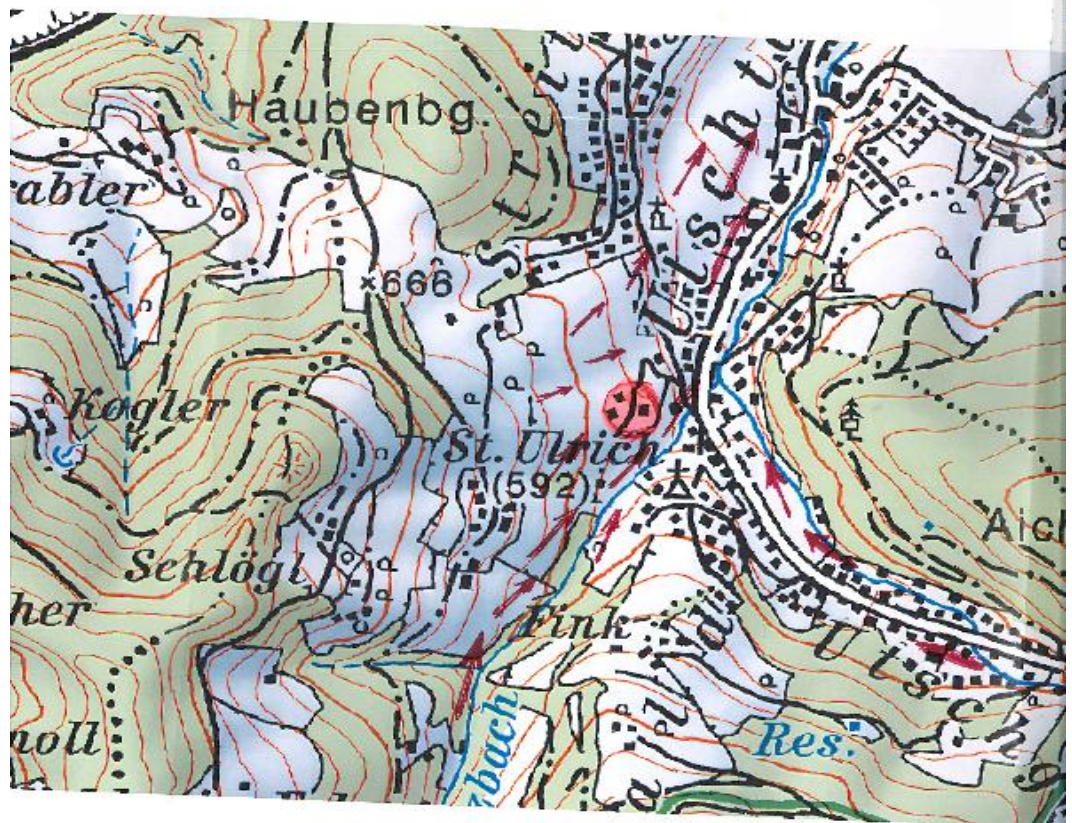
R.Lazar u. E. Kuncic 1987 : Bisherige Erfahrungen mit Klimaeignungskarten in der Steiermark. Geogr. Mitteilungen des Inst. f. Geographie Graz.

## 9. Anhang

### Kartenausschnitte und Fotodokumentation des Rauchpatronentests



Abbl: Google- Earth –Aufnahme des Untersuchungsgebietes; der Standort des Anwesens befindet sich in Bildmitte, anschließend davon in weiß die Ausbreitung der Rauchgasfahne bei dem Test am 24.10



[www.austrianmap.at/amap/bild.php?FileName=1299833541686389675100001.AM\\_ETRS8901.png](http://www.austrianmap.at/amap/bild.php?FileName=1299833541686389675100001.AM_ETRS8901.png)

Abb.2: Lage des Untersuchungsgebietes mit dem Standort des Anwesens (rot gefärbt) und den Strömungsverhältnissen während des Rauchpatronentests .





Abb. 3 : Aufnahme des Rauchpatronentests mit Blickrichtung Nordost; links im Bild der neue Stall, rechts im Hintergrund einige Häuser von St.Ulrich, Die Strömung kommt annähernd talparallel aus südlichen Richtungen mit 2m/s und die Ausbreitung erfolgt nicht hangabwärts sondern Richtung Norden und dann erst auch hangabwärts.



Abb. 4 : Aufnahme des Rauchpatronentests mit der Ausbreitung Richtung Nordost hangabwärts, die Rauchgasfahne schmiegt sich entsprechend der stabilen Schichtung an den Hang an, wobei die Turbulenz sehr gering bleibt; im Hintergrund gut erkennbar der weitere Verlauf des Utschtales und die Berge im Murtal



Abb.5: Ausbreitung der Rauchgasfahne mit Blickrichtung hangaufwärts (West Südwest) mit dem neuen Stall und seiner offenen Bauweise. Der Talauswind kommt im Bild von links aus südlicher Richtung und die Ausbreitung erfolgt praktisch talparallel.



SDerix Report Writer Evaluation Version.  
 Visit [www.sderix.com](http://www.sderix.com) for more information.

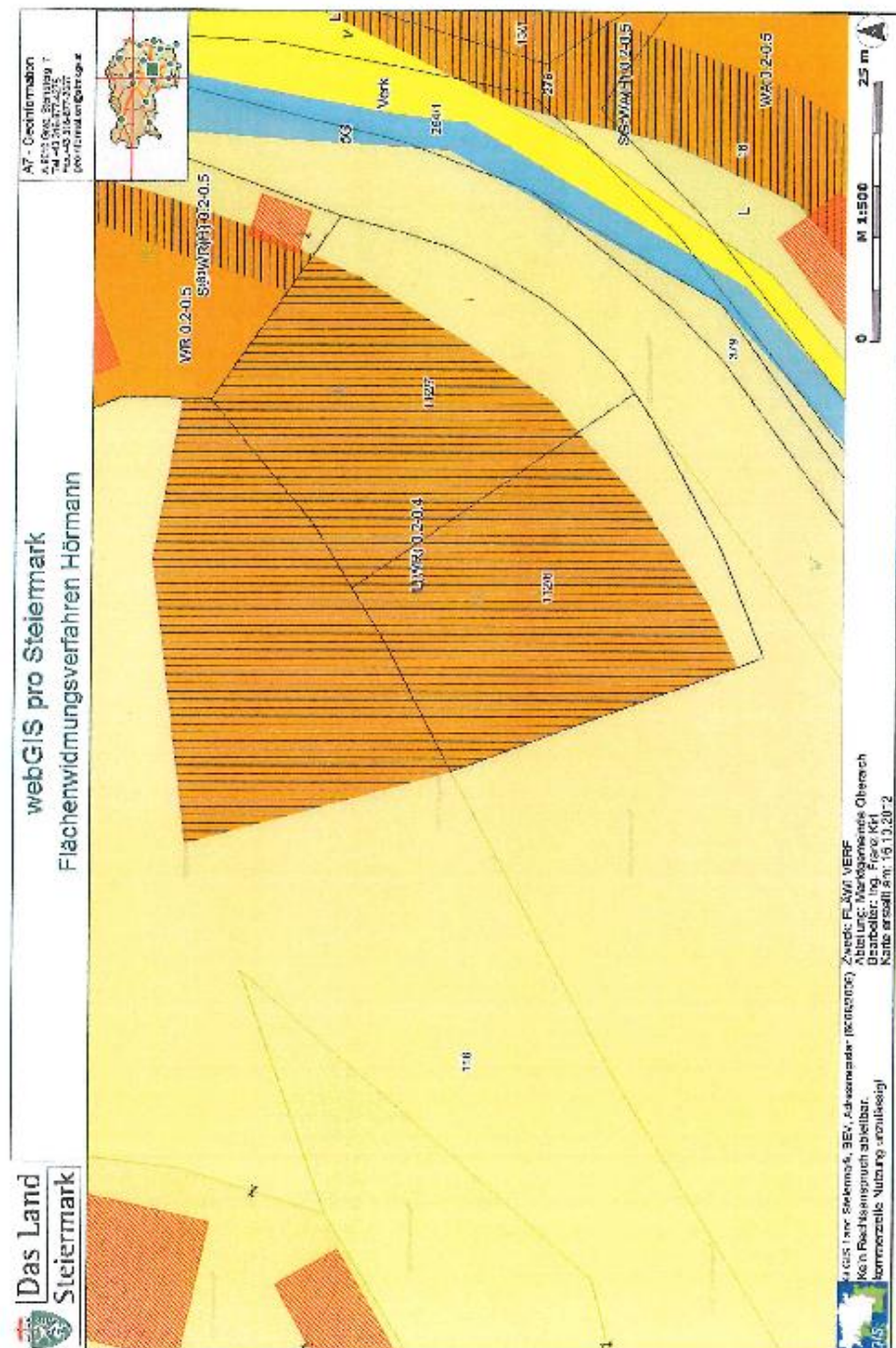


Abb. 6: Lage der beiden gegenständlichen Parzellen 112/6 und 112/7 am Fuß des Anwesens Hörmann gelegen

## **4 Planbeilagen**

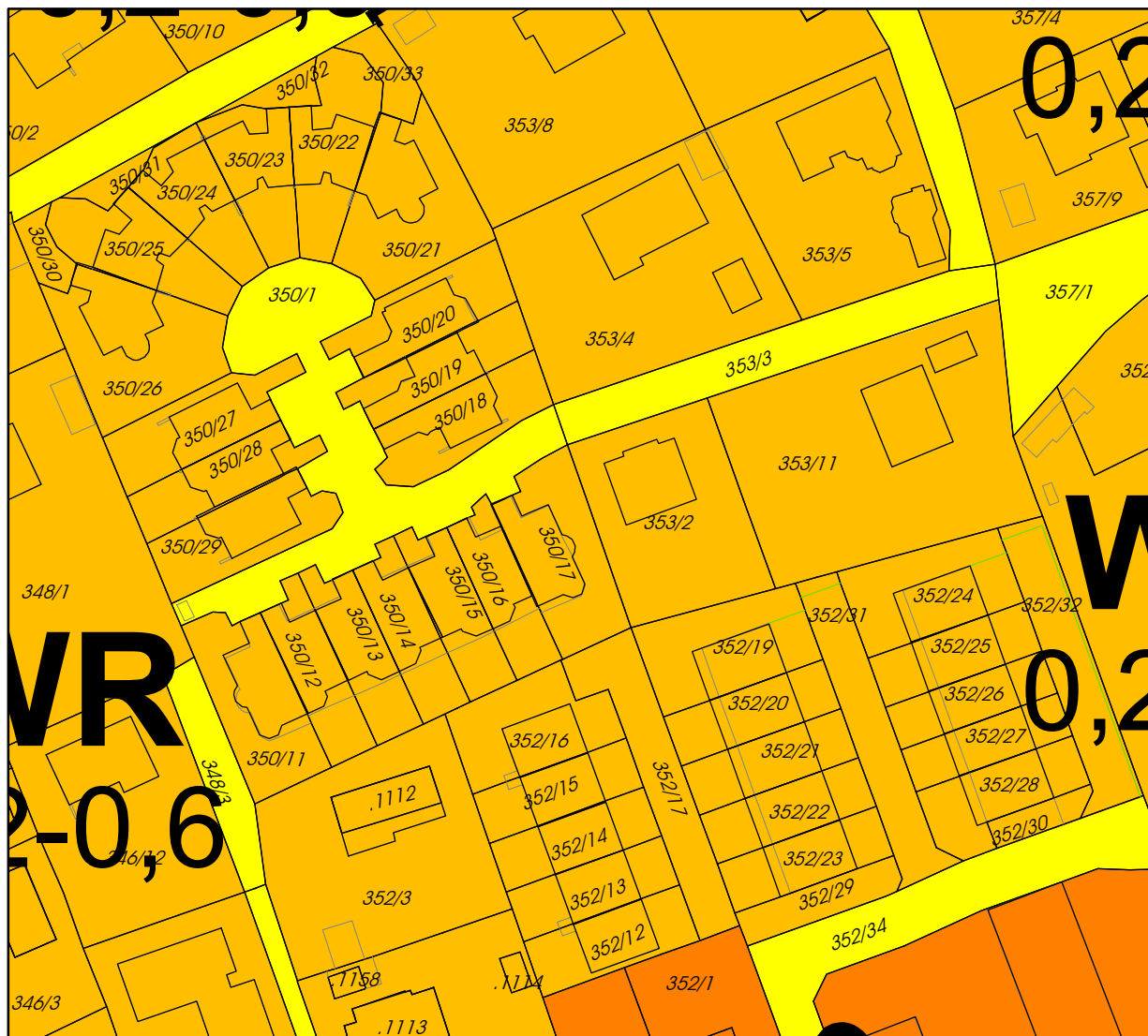
- Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 im Maßstab 1:5.000
- Übersichtsplan zum Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 im Maßstab 1:10.000
- Bebauungsplanzonierungsplan im Maßstab 1:10.000
- Differenzplan im Maßstab 1:10.000
- Baulandflächenbilanzplan im Maßstab 1:10.000
- Beschränkungen im Maßstab 1:10.000
- Detailausschnitt Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 im Maßstab 1:1.000  
(Bienengasse, Bergstraße/Haydngasse)



**Detailausschnitt Flächenwidmungsplan Nr. 1.00 im Maßstab 1:1.000**

**(Bienengasse, Bergstraße/Haydngasse):**

Stadtgemeinde Bruck an der Mur  
KG Bruck an der Mur  
Detailausschnitt Bienengasse



Stadtgemeinde Bruck an der Mur  
KG Bruck an der Mur  
Detailausschnitt Bergstraße/Haydngasse

